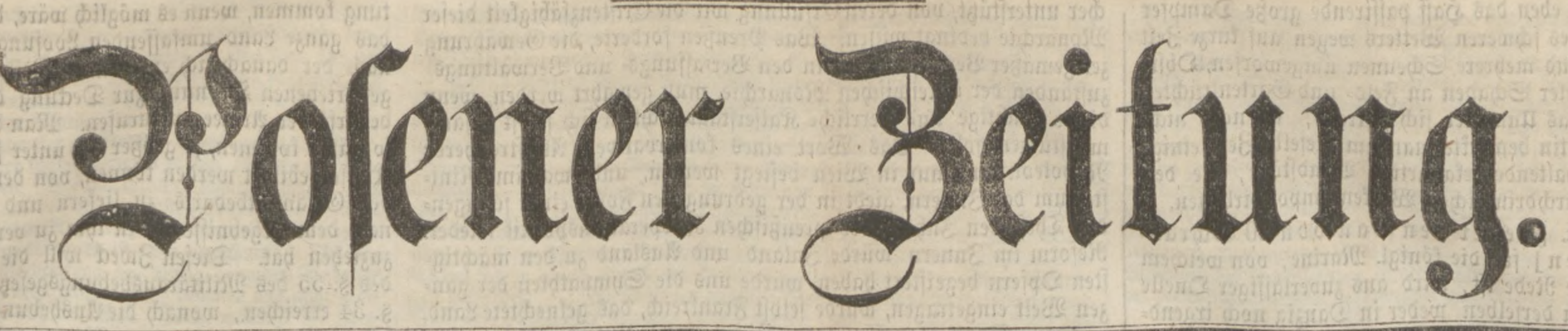
172. Mittwoch den 27. Juli 1859. 172.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.



Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 27. Juli. Der Oberlehrer Menges an dem Seminar in Bunzlau ist zum Direktor des evangelischen Schullehrerseminars in Franzburg ernannt worden.

Das 28. Stück der Gesetzsammlung, welches heute ausgegeben wird, enthält unter Nr. 5097 das Gesetz, betr. den Bau einer Eisenbahn von Bromberg über Thorn zur Landesgrenze in der Richtung auf Lowicz, so wie die Beschaffung der Geldmittel zur vollständigen Ausrüstung der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn mit einem Doppelgeleise, imgleichen die Deckung des Mehrbedarfs für den Bau der Kreuz-Küstrin-Frankfurter und der Saarbrücken-Trier-Luxemburger Eisenbahn, vom 2. Juli 1859; und unter Nr. 5098 die Verordnung, betr. die Revision des Deichwesens in der Altmark, vom 1. Juli 1859.

Berlin, den 27. Juli 1859.

Debitskomtoir der Gesetzsammlung.

Telegramm der Posener Zeitung.

Paris, 26. Juli. Hier eingegangene Nachrichten aus Rom vom 23. d. melden, daß der Herzog von Grammont in einer Spezialaudienz vom Papste empfangen worden sei. Briefe von dorther versichern, daß der Papst die Bundespräsidialschaft im Prinzip angenommen habe. Hr. v. Hübner wurde unmittelbar darauf nach Wien berufen. — Aus Neapel melden Briefe vom 25. d., daß Elliot dort jetzt definitiv als englischer Gesandter akkreditirt sei.

(Eingegangen 27. Juli, 8 Uhr Vorm.)

CH Posen, 27. Juli.

Es ist im hohen Grade dankenswerth, daß unsre Regierung durch Veröffentlichung der auf die Mediationsfrage bezüglichen Aktenstücke dem Urtheil der öffentlichen Meinung über die Absichten und das Verfahren der preußischen Politik einen thatsächlichen Anhalt gegeben hat. War doch von östreichischer Seite die Behauptung aufgestellt worden, der Wiener Hof habe sich eiligst in die Arme seines Gegners werfen und von dessen Großmuth irgendwie erträgliche Friedensbedingungen annehmen müssen, weil die von den neutralen Mächten eingeleitete Vermittelung ihm voraussichtlich noch schwerere Opfer zugemuthet haben würde. In unserm Vaterlande war nur eine Stimme darüber, daß ein solcher Vorwurf in keiner Weise Preußen treffen könne, und mehrere halboffizielle Kundgebungen waren geeignet, diese Ueberzeugung zu verstärken. Indessen war eine derartige Kontroverse, wo Versicherungen und Versicherungen sich schnurstracks gegenüberstanden, nicht durch polemische Zeitungsartikel und halbdurchsichtige Andeutungen zu erledigen. Es mußte das volle Licht der Oeffentlichkeit in die Akten der preußischen Politik geleitet werden, um jedem unbefangenen Richter eine klare Einsicht in das Sachverhältniß zu geben. Diese Klarheit ist uns jetzt geworden und wir denken, daß die Ankläger Preußens sich vor derselben geblendet und beschämt zurückziehen werden.

Nicht einmal die Entschuldigung bleibt unseren Widersachern, daß Preußen, bei aller Vortrefflichkeit seiner Absichten, die Ziele seines Strebens allzusehr in Dunkel gehüllt habe. Vielmehr finden wir in den aus unserm auswärtigen Amte erlassenen Depeschen die offene und bestimmte Erklärung, daß Preußen auf die schleunige Beendigung eines Krieges hinarbeite, welcher in seinem weitern Verlaufe die Sicherheit Deutschlands, wie das Gleichgewicht Europa's gefährden müsse, und, um die Machtstellung seines süddeutschen Bundesgenossen vor ernster Erschütterung zu wahren, für die Integrität des östreichischen Besitzes in Italien zu wirken gedenke. Man wende nicht ein, daß Preußen für die Erhaltung des östreichischen Gesammtbesitzes keine Bürgschaft übernehmen wollte. Unsre Regierung verweigerte nur das, was sie verweigern mußte, wenn sie nicht auf die Freiheit und die Interessen ihrer eigenen Politik Verzicht leisten und sich dazu entschließen wollte, das Gelingen des Mediationswerkes von vorn herein unmöglich zu machen. Eine Macht, welche mit der Absicht der Vermittelung auftrat, durfte nicht durch förmliche Verpflichtungen unmittelbar an die Sache der einen Partei gekettet erscheinen; sie durfte, wenn sie durch Unterhandlungen mit den anderen neutralen Großstaaten eine europäische Intervention für die angestrebten Ziele anzubahnen wünschte, nicht sofort ein festabgeschlossenes Programm vorlegen, welches eine selbstthätige und ehrenvolle Mitwirkung der anderen Kabinette augenfällig ausschloß. Dagegen hatte Preußen, von jener den Verhältnissen nach unmöglichen Garantie abgesehen, jedes angemessene Unterpfand gegeben, um über den Ernst seiner Absichten keinen Zweifel zu lassen. Die Regierung hatte den größten Theil unsrer heimischen Heeresmacht zu den Waffen gerufen; sie hatte gleiche Rüstungen von Seiten des deutschen Bundes beantragt und dabei unumwunden angedeutet, daß Preußen und Deutschland zur Wahrung der östreichischen Machtstellung in Italien einen Krieg mit Frankreich ernstlich in Aussicht zu nehmen haben.

Brauchen wir noch auszuführen, daß jene Rüstungen und diese Andeutungen keineswegs bedeutungs- und werthlose Maaßregeln waren? Hat doch Louis Napoleon aufrichtig genug anerkannt, daß der vom Rheine her wehende Wind zur Abkühlung seines Kriegseifers wesentlich beigetragen. Und, wahrlich, der Erfolg war nicht ohne ansehnliche Opfer von Seiten Preußens zu erringen! Neben den materiellen Opfern, welche mit der Mobilisirung des nationalen Heeres verbunden sind, dürfen wir nicht unerwähnt lassen, daß Preußen gerade durch seine warme Theilnahme für die Sache Oestreichs seine Stellung nicht bloß zu Frankreich, sondern auch zu England und Rußland unstreitig erschwert hat.

Und welchen Dank erntet Preußen für alle seine Anstrengungen und Opfer?

Deutschland.

Preußen. Berlin, 26. Juli. [Vom Hofe.] Se. Maj. der Kaiser Alexander von Rußland hat Sr. Maj. dem Könige eine goldene Statuette, eine treue Nachbildung des Nikolausdenkmals, zum Geschenk gemacht. Mit der Ueberreichung war der Militärbevollmächtigte, General Graf Adlerberg, beauftragt, der zugleich auch den Mitgliedern der kaiserlichen Familie dasselbe kaiserliche Geschenk überbracht hat. Heute Vormittag kam General Graf Adlerberg von Potsdam nach Berlin und wurde von Sr. königl. H. dem Prinzen Adalbert empfangen.

— [Aktenstücke zur preußischen Vermittelung.] Wir geben heute den Schluß der bisher veröffentlichten preußischen Aktenstücke, die Begleitschreiben zu der Depesche vom 24. Juni an die diesseitigen Gesandten in London und Petersburg.

Berlin, 27. Juni 1859. Herr Graf! Lord Bloomfield hat auf Befehl seiner Regierung uns eine, hier in Abschrift beigefügte Depesche vom 22. d. mitgetheilt, in welcher der erste Staatssekretär Ihrer britischen Majestät der Beunruhigung Worte leiht, welche ihm die Haltung einiger Bundesstaaten in Bezug auf den zwischen Oestreich einer-, Frankreich und Sardinien andrerseits ausgebrochenen Krieg verursacht. Unsere früheren Mittheilungen haben Ew. Exz. bereits in Stand gesetzt, die Regierung Ihrer großbritannischen Majestät über die Natur unsrer Intentionen und über unsere Ansichten in Betreff des gegenwärtigen Standes der Dinge aufzuklären. Ohne der Argumentation Lord Russells zu Gunsten des Neutralitätsprinzips, dessen Festhaltung er Angesichts der folgenschweren Ereignisse, deren Schauplatz jetzt Italien ist, Preußen empfiehlt, in allen Einzelheiten beistimmen zu können, konstatiren wir gern das Zugeständniß Sr. Herrlichkeit, daß die eigenthümliche Lage, in welcher Deutschland sich befindet, die Verschiedenheit rechtfertigt und erklärt, welche zwischen unserm Standpunkte und dem der britischen Regierung bestehen könnte. Unsre Depesche vom 24. d., welche beim Empfange der erwähnten Mittheilung des Kabinets von St. James schon geschrieben war, spricht gleichzeitig unsre Würdigung der italienischen Krisis und der durch dieselbe uns auferlegten Pflichten, wie das Ziel aus, auf welches unsre Anstrengungen gerichtet sind. Wir fühlen uns glücklich, daß das Kabinet von St. James unsere Hoffnungen auf eine friedliche Lösung theilt, daß es die günstige Gelegenheit zum Versuche einer Beilegung des Kampfes nahe glaubt und sich von den Rathschlägen der befreundeten Mächte Erfolg verspricht, sobald diese den Augenblick zur Vermittelung zwischen den kriegführenden Parteien für gekommen erachten werden. Die ernsten militärischen Ereignisse der letzten Tage scheinen uns ein Beweggrund mehr, um ein Einverständniß unter diesen Mächten zu beeilen, welche bisher dem Konflikte fern geblieben sind und deren Nichtbetheiligung gerade ihnen die Pflicht wie das Recht giebt, aus allen Kräften möglichst bald das Ende eines Kampfes herbeizuführen, welcher mit jedem Tage an neuen traurigen Vorkommnissen reicher wird. Was aber Preußen namentlich anlangt, so liegen in seiner Stellung in Deutschland, in seinen Pflichten gegen seine deutschen Bundesgenossen und in den wachsenden Verlegenheiten und Gefahren eines verbündeten Nachbarstaates entscheidende Beweggründe, auf das Angelegentlichste ein Einverständniß in Anspruch zu nehmen, das geeignet ist, Europa die Wohlthaten eines Friedensabschlusses zu sichern, der von Tag zu Tage schwieriger werden würde, wenn der maaßlos sich verlängernde Krieg zu gleicher Zeit Verhältnisse annähme, welche uns vielleicht nicht mehr gestatteten, demselben fremd zu bleiben. Wir sind der Ansicht rc." (Der Schluß dieser Depesche ist gleichlautend mit der von demselben Datum an Hrn. v. Bismarck-Schönhausen in Petersburg. S. unten.) gez. Schleinitz. A. Se. Exz. den Hrn. Grafen v. Bernstorff in London.

Berlin, 26. Juni 1859. Mein Herr! Der beiliegenden Depesche, welche durch Ihre Vermittelung zu ganz vertraulicher Mittheilung an den Fürsten Gortschakoff bestimmt ist, füge ich heute noch einige Bemerkungen bei, welche gleichzeitig zu deren Vervollständigung dienen sollen, indem sie die Intentionen der k. Regierung, als Richtschnur für Sie, noch genauer präzisiren. Seit Abfassung jener Depesche haben sich sehr wichtige militärische Ereignisse am Mincio zugetragen, und wenn unsere Würdigung der Situation und der dadurch uns auferlegten dringenden Verpflichtungen in Folge dessen im Wesentlichen nicht modifizirt worden ist, so sehen wir doch darin neue Motive, ein Einverständniß unter den Mächten zu beeilen, welche bis jetzt dem Konflikte fremd geblieben sind, deren Nichtbetheiligung aber vorzugsweise ihnen die Pflicht und das Recht giebt, mit allen Kräften möglichst bald das Ende eines Kampfes herbeizuführen, welcher mit jedem Tage an neuen traurigen Vorkommnissen reicher wird. Was nun namentlich Preußen anlangt, so liegen in seiner Stellung in Deutschland, in seinen Pflichten gegen seine deutschen Bundesgenossen, und in den wachsenden Verlegenheiten und Gefahren eines verbündeten Nachbarstaats entscheidende Beweggründe, auf das Angelegentlichste ein Einverständniß zu begehren, das geeignet ist, für Europa die Wohlthaten eines Friedensschlusses vorzubereiten und zu sichern, welchen die Interessen der Regierungen ebenso wie die der Völker erheischen. Wir sind der Ansicht, daß zur schnelleren Erzielung dieser, aus so vielen Rücksichten wünschenswerthen Uebereinkunft das Petersburger Kabinet Ihrerseits auf durchaus vertrauliche Weise dahin zu bestimmen sein würde, seinen Gesandten an unserm Hofe mit Instruktionen zu versehen, welche ihm gestatteten, gemeinsam mit uns die Grundlagen einer Vermittelung aufzustellen, auf welche sich alle unsre Wünsche richten und welche wir, so weit es uns angeht, nicht mit Vortheil noch länger würden verschieben können, ohne eine schwere Verantwortlichkeit auf uns zu laden und ohne unsre Pflichten gegen uns selbst und gegen den deutschen Bund zu vernachlässigen. Sie wollen demnach in diesem Sinne gegen den Fürsten Gortschakoff sich aussprechen, und uns ohne Aufschub und in eingehender Weise von der Aufnahme Nachricht geben, welche die Proposition gefunden, die wir zu diesem Ende zu machen Sie bevollmächtigten. Indem wir Ihnen die Richtung für Ihre Eröffnungen somit im Allgemeinen angeben, maßen wir uns in keiner Weise an, den Weg anzugeben oder den Standpunkt zu bestimmen, welchen das Petersburger Kabinet zu diesem Zwecke als den geeignetsten für sich erachten möchte. Der Vorschlag, um deswillen Sie die Gesinnungen der Regierung, bei welcher Sie beglaubigt sind, zu erforschen suchen werden, hat keinen andern Sinn und Zweck, als den, die eben so edelmüthigen wie konzilianten Maaßnahmen, von denen Se. Maj. der Kaiser Alexander, wie wir gern überzeugt sind, durchdrungen ist, möglichst zu beschleunigen, und gleichzeitig dem russischen Kabinet ein Pfand des Eifers zu geben, mit welchem wir jede Maaßregel oder jede Eröffnung aufnehmen, welche zur Wiederherstellung des Friedens in Europa zu dienen geeignet ist, zu dessen Herbeiführung durch alle unsre Rathschläge und alle uns zu Gebote stehenden Mittel beizutragen wir als Pflicht ansehen. Empfangen Sie rc. gez. Schleinitz. An den Herrn v. Bismarck in Petersburg.

— [Das Mainzer Mediationsprojekt.] Der „C. Z." wird von hier geschrieben: „Das dem östreichischen Cirkular beigefügte, seitdem durch die Zeitungen veröffentlichte sogenannte Mediationsprojekt der drei neutralen Mächte, welches dem diesseitigen Kabinet gänzlich unbekannt geblieben ist, verdankt, wie man im hiesigen diplomatischen Korps mit Bestimmtheit betont, sein Entstehen einer vertraulichen Mittheilung des französischen Gesandten am englischen Hofe an Lord Russell, welcher diese Mittheilung dem östreichischen Gesandten in London anvertraut hat, durch den dieselbe ihren beabsichtigten Weg in das östreichische Kabinet gefunden hat. Das sogenannte Mediationsprojekt der drei neutralen Mächte stellt sich mithin als ein französisches Machwerk heraus. — Dagegen bringen die „H. N." vom Main folgende Erklärung dieses Projekts: Wir sind in der Lage, über die Vermittelungsvorschläge des „Mainz. Journ." folgendes Authentische mittheilen zu können. Dieselben stammen ursprünglich von England her und sind von diesem mit Umgehung Preußens an Rußland und Frankreich zunächst in der Absicht mitgetheilt worden, ob sie die Zustimmung dieser beiden erhalten würden. Wäre dies geschehen, so würde dann England offen mit denselben aufgetreten sein und auch Preußen zur Zustimmung eingeladen haben. Napoleon eilte mit denselben in das Hauptquartier des Kaisers von Oestreich und legte sie demselben mit der Behauptung vor, Preußen habe ihnen seine Zustimmung ertheilt. Darauf hin erklärte sich Oestreich bereit, Frieden zu schließen. Oestreich war dupirt und weiß das jetzt selbst! (Der Streit, ob Walewski, ob Russell, ob sonst Wer, scheint in dieser Form seiner Verhandlung müßig. Oestreich hat die bekannte Anschuldigung in bestimmtester und sanktionirtester Form ausgesprochen, an ihm ist es, die Sache nicht bloß mit „auffallenden Mißverständnissen" zu vertuschen, sondern zu beweisen, erstens, daß es in der That getäuscht worden sei, und sodann, daß es sich nicht ungestraft täuschen lasse.)

Breslau, 26. Juli. [Die Militärpflicht der katholischen Theologen.] Der Fürstbischof Dr. Förster hat den Dekan der katholisch-theologischen Fakultät, Prof. Dr. Stern, veranlaßt, Folgendes den Studiosen der katholischen Theologie bekannt zu machen: „Die Ansicht, daß die Kandidaten der katholischen Theologie erst durch den Empfang der Diakonatsweihe vor dem 25. Lebensjahre die Befreiung vom Militärdienst erlangen, ist insofern irrig, als nach der betreffenden Verfügung der Minister des Innern und des Krieges die Befreiung der bezeichneten Kandidaten alsdann eintritt, wenn sie die Subdiakonatsweihe bis zum 1. April des Jahres empfangen haben, in welchem sie das 26. Lebensjahr erreichen. Sollte von einzelnen Kandidaten dieses Lebensjahr vor dem Empfang jener Weihe erreicht werden, so wird es Seitens des vorgesetzten Ministeriums Sr. fürstbischöflichen Gnaden anheimgestellt, diesen Kandidaten wegen weiterer Zurückstellung auf ein Jahr an den Kurator der Universität zu verweisen, welcher alsdann das Geeignete Behufs Entscheidung, ob dem Gesuch entsprochen werden soll oder nicht, veranlassen wird. Wenn einzelne Kandidaten ihrer Militärpflicht durch ordnungsmäßigen dreijährigen oder einjährigen Freiwilligendienst Genüge geleistet haben, so unterliegen sie den allgemeinen Bestimmungen über die Fortdauer der Militärdienstpflichtigkeit bis zum Eintritt in den geistlichen Stand, und können in dieser Beziehung nur in besonderen Fällen Dispensationen gewährt werden, die bei dem kgl. Generalkommando und Oberpräsidium der Provinz, eventuell bei den Ministerien des Innern und des Krieges nachzusuchen sind." (Br. Z.)

Creutzburg, 25. Juli. [Das hiesige evangelische utraquistische Seminar] hat vor Kurzem in dem bisherigen Prediger Semerák aus Wartenberg seinen definitiven Direktor erhalten. Derselbe wurde durch den bisherigen Dirigenten, Superintendent Kern, als königlichen Kommissarius in Gegenwart einiger Vertreter königlicher und städtischer Behörden und der Geistlichkeit in sein Amt feierlich eingeführt. Sowohl der abtretende, als auch der das Amt übernehmende Direktor betonten, wie es Aufgabe des Seminars sei, dem utraquistischen Prinzip gerecht zu werden, also Lehrer zu bilden, die mit dem polnischen Kinde in seiner Muttersprache beten könnten. Das Seminar ist nun als vollständig eingerichtet zu betrachten, denn es hat seine in vier Kurse getheilten vierzig Zöglinge und eine Uebungsschule von 70 deutschen und 20 polnischen Schülern. Das Lehrerpersonal besteht aus dem Direktor, zwei Lehrern und einem Hülfslehrer. Sie sind sämmtlich der polnischen Sprache so weit mächtig, daß sie sich derselben als Unterrichtssprache bedienen können, was namentlich in den unteren Cöten oft nöthig ist. Außer ansehnlichem Staatszuschusse zur Dotirung des Seminars hat dasselbe den Bemühungen des Konsistorial- und Provinzial-Schulraths Wachler zu verdanken, daß von edlen Menschenfreunden nicht nur an bestimmten Beiträgen, sondern auch an Stipendien, die den etatsmäßigen Unterstützungen zu Hülfe kommen, Dankenswerthes geleistet wird. (Schl. Z.)

Stettin, 24. Juli. [Kleine Backwaaren.] Angesichts des reichen Segens der diesjährigen Roggenernte, welche qualitativ wie quantitativ die günstigen Erwartungen, die gehegt wurden, übertrifft, und trotz der seit längerer Zeit ungewöhnlich niedrigen Getreidepreise ist es merkwürdig, daß das Volumen der von unseren Bäckern gelieferten Backwaaren auffallend klein ist. Die sonst beliebte Ausrede, theuer eingekaufte Vorräthe zu besitzen, kann diesmal nicht angewandt werden, denn die Preise sind schon lange niedrig, und die 25 Prozent Zuschlag zu der Mahlsteuer dürften auch nicht Veranlassung geben, namentlich das Weißbrod so klein zu backen, wie zu Zeiten, an welchen das Getreide fast das Doppelte galt. (Nd. Z.)

Stettin, 25. Juli. [Orkan.] Man schreibt der „Nd. Z." aus Stepenitz: „Am 23. Nachmittags erhob sich auf dem Haff und in der hiesigen Umgegend ein furchtbarer Orkan, der bedeutende Verheerungen anrichtete. Alle von hier aus bemerkten Boote auf dem Haff wurden umgeworfen und die darin befindlichen Personen sollen großentheils ertrunken sein; von hier sollen, so viel bis jetzt bekannt, die beiden Kaufleute Gebrüder C. unter den Verunglückten sein. Kleine Küstenfahrer sind auf den Strand

geworfen, ja sogar der eben das Haff passirende große Dampfer „Preuß. Adler“ mußte des schweren Wetters wegen auf kurze Zeit vor Anker gehen. Hier sind mehrere Scheunen umgeworfen, Obstbäume gebrochen und vieler Schaden an Feld- und Gartenfrüchten angerichtet. Wie weit das Unwetter sich erstreckt, ist noch nicht bekannt.“ Auch in Stettin bemerkte man um dieselbe Zeit einige jedoch nur kurze Zeit anhaltende orkanartige Windstöße, die den Staub haushoch in undurchdringlichen Wolken emporwirbelten.

Stettin, 26. Juli. [Ueber den Bau von 20 Schrauben-Kanonenbooten] für die königl. Marine, von welchem in Danziger Blättern die Rede ist, wird aus zuverlässiger Quelle mitgetheilt, daß der Bau derselben weder in Danzig noch irgendwo anders bis jetzt auf den betreffenden Werften in Angriff genommen ist, vielmehr die feste Bestimmung darüber erst in einigen Tagen zu erwarten steht. Freilich wohl sind die betreffenden Schiffsbaumeister ausersehen, und würden danach 8 Boote auf hiesigen Werften, 8 in Danzig (4 auf der königl. Marinewerft und 4 auf Privatwerften) so wie 2 in Wolgast und 2 in Elbing erbaut werden. Die Konstruktion dieser Boote ist eine durchaus neue, sie werden mit Hochdruckmaschinen von 60 Pferdekraft (größtentheils von Borsig in Berlin) versehen, 106 Fuß in der Wasserlinie lang und ca. 26½ Fuß breit sein, dabei 8 Fuß Raumhöhe und 6½ Fuß Tiefgang haben und mit 3 Masten besetzt werden. Die Armirung besteht in 2 80pfündigen Bombenkanonen. In dem Voranschlage ist die Bedingung aufgenommen, den Bau derart zu beschleunigen, daß die sämmtlichen Boote mit dem nächsten Frühjahr in königl. Dienst gestellt werden können. (N. St. Z.)

Oestreich. Wien, 24. Juli. [Keine Reformen.] Die Hoffnungen auf Systemänderung und Ministerwechsel in Oestreich, wie sie seit dem Abschluß des Friedens von Villafranca hier gehegt wurden, beginnen allmälig schwächer zu werden: durchgreifende Reformen, welche vor Allem die Beseitigung des seit 10 Jahren Gethanen und Festgestellten erheischen würden, stehen nicht zu erwarten, und ein Bruch mit dem Centralisationssystem wird kaum vollzogen werden. Dagegen soll die auswärtige Politik des Kaiserstaates einer Aenderung entgegengehen, freilich nicht in dem Sinne einer Dreikaiser-Allianz, wie sie von mehreren deutschen Blättern als nächstes Schreckbild der Zukunft an die Wand gemalt wird. Es ist wohl nicht weithin zu einer entente cordiale zwischen Frankreich und Oestreich, aber ein Versöhnung dieses letzteren mit Rußland hat, wie Fürst Gortschakoff dem englischen Gesandten in Petersburg gegenüber sich ausdrückte, die Aenderung des östreichischen Regierungssystems zur nothwendigen Voraussetzung. Rußlands Leitstern der Politik bleibt die Erhaltung seiner Popularität bei den verschiedenen Slawenstämmen, und die Allianz mit Oestreich, dessen Leitstern die Centralisation ist, dessen Politik alle Nationalitäten, die slawischen vorzüglich, abstößt, wäre für Rußland der gerade Weg, der bei den Zielpunkten aller russischen Politik vorbeiführt. (Schl. Z.)

— [Dr. S. Brunner über die Kirchengüter.] Die „Wiener Kirchenzeitung“ (Redakteur Dr. Brunner) nimmt in ihrer neuesten Nummer Notiz davon, daß während der letzten Wochen vielfach im In- und Auslande der Vorschlag gemacht worden ist, „die Kirche möge alle ihre angehäuften Schätze auf dem Altar des Vaterlandes opfern“. Die „Kirchenzeitung“ untersucht „die aufgehäuften Schätze der Kirche“ und findet dabei folgende Resultate, die man sicher nicht ohne einige Ueberraschung vernehmen wird. Dr. Sebastian Brunner sagt also:

„1) Die Gold- und Silbergefäße des Kultus. Diese sind so außerordentlich in den französischen Kriegen im Anfange dieses Jahrhunderts in Anspruch genommen worden, daß bei einem Bankier zehnmal mehr Vermögen zu finden ist, als alle Kirchengefäße und als alle noch übrig gebliebenen Opfergaben der noch übrig gebliebenen Wallfahrtskirchen zusammengenommen. 2) Der Grund und Boden, welchen Stifte und Klöster besitzen. Es ist kein Zweifel, daß der Besitz von Korporationen eben so rechtlich ist, als der Besitz von Personen und Familien, und es ist ebenfalls kein Zweifel, daß mit demselben Unrecht, als man heute Klostergüter verkauft zum allgemeinen Besten, man morgen auch die Schätze dieses oder jenes Bankiers in Anspruch nehmen könnte zum allgemeinen Besten. Lassen wir die Rechtsfrage ganz aus dem Spiel und kehren wir uns an die staatsökonomische, an die Nützlichkeitsfrage. Bei einem Stift oder Kloster ist immer in Anschlag zu bringen, wie viele Pfarren, Schulen, Gymnasien, Lehrer werden von dem Stifts- oder Klostergut besorgt; wie viele arme Leute der Umgegend trägt der große Güterkomplex eines Klostergutes wie ein Christoph über den heillosen Strom der Noth und des Hungertodes hinüber? Wer wird nun im Falle des Einziehens und Verschleuderns von Kirchengütern die Lasten übernehmen? Sie fallen auf den Staat zurück, der aus den Gütern durch seine Verwaltung dieselben nicht bestreiten kann, wie schon tausendfach durch Thatsachen erwiesen ist, und der im Falle der Veräußerung dieser Güter sich nur momentan, und da nur scheinbar aus der Noth hilft, um sich eine größere perennirende Noth, den völligen Ruin, aufzuladen. Das wegen seiner Reichthümer ausgerufene Benediktinerstift Martinsberg in Ungarn wurde nach seiner Aufhebung in den 80er Jahren im Jahre 1802 wieder restituirt, aus dem einfachen Grunde, weil der Staat aus eignem Säckel auf die Lasten, die auf dem Stifte ruhen, daraufzahlen mußte. 3) So lange die Güter der Kirchen bestehen, bilden sie eine bedeutende, sichere, direkte Einnahmsquelle an Steuern und eine indirekte Hülfe für den Staatsschatz durch die Erhaltung von hundert und hundert Anstalten, die sonst dem Staat zur Last fallen würden. Die ungarischen Bisthümer sind vom heiligen Stephan dotirt. Die Steuern, welche der bischöfliche Grundbesitz trägt, sind eine bedeutende perennirende Einnahmsquelle für den Staat; wenn der Staat diese Güter verkaufen würde, so könnten nur jene Herren gewinnen, welche darauf spekuliren, durch Zertrümmerung des Bodens sich zu bereichern; der Staat hätte davon jene Gattung Gewinn, den er von allen Klosteraufhebungen gehabt hat. Daß die Verwaltung des Staats aus den Kirchengütern nicht nur nichts herausbringt, sondern reichlichen Schaden davon hat, ist ein im Beginn unsers Jahrhunderts an sogenannten Religionsfonds-Herrschaften hundertfach bestätigtes Rechen-Exempel. Wer schreit nun immer über Kirchengüter; nicht Regierungsorgane, sondern jene kompakte Geldmacht, die das Konkordat zunächst auch darum gestürzt haben möchte, um den Löwenantheil dabei zu erhaschen. „Angehäufte Schätze“, die dem Staat gar keinen Nutzen bringen, finden sich ja zumeist bei den Bankiers und Geldmännern, und mit eben jenem Rechte, als eine gewisse Partei immer die Kirche vorschiebt, wenn es zum Zahlen kommt, kann ja auch auf anderwärtige Geldquellen hingewiesen werden.“

Wien, 25. Juli. [Veränderte Stimmung gegen Preußen.] Die preußischen Blätter bringen uns so eben den Wortlaut der von dem Minister v. Schleinitz heute vor einem Monat nach Petersburg und London gerichteten Depesche. Der Widerspruch zwischen dieser Depesche und den Anschauungen, welche hier in allen Kreisen verbreitet sind, in der Presse eine Unterstützung gefunden und in dem kaiserlichen Manifest eine über allen Zweifel erhabene Bestätigung erhalten haben, ist allerdings ein schneidender. Die Depesche des preußischen Ministers überzeugt uns, daß die preußische Politik, weit entfernt von jener verrätherischen Tendenz, welche man ihr hier beilegte, entschlossen war, für die unveränderten Besitzverhältnisse in Italien einzutreten, und daß die Bedingung, von welcher sie diese ihre Aktion abhängig machte, in nichts Anderem, als in Forderungen bestand, welche jeder Oestreicher unterstützt, von deren Erfüllung wir die Existenzfähigkeit dieser Monarchie bedingt wissen. Was Preußen forderte, die Gewährung zeitgemäßer Verbesserungen in den Verfassungs- und Verwaltungszuständen der östreichischen Monarchie, muß gewährt werden, wenn dieser mächtige und herrliche Kaiserstaat nicht in sich selbst zusammenstürzen soll. Das Wort eines konservativen Altöstreichers: Napoleon kann nur in Wien besiegt werden, und zwar im Ministerium des Innern, giebt in der gedrungenen Form einer schlagenden These den Inhalt der preußischen Kooperationspolitik wieder. Reform im Innern würde Inland und Ausland zu den mächtigsten Opfern begeistert haben würde uns die Sympathien der ganzen Welt eingetragen, würde selbst Frankreich, das geknechtete Land, uns zum Bundesgenossen gegen seinen eignen Unterdrücker gegeben haben. Man hat es hier anders gewollt. Der Fehler des Metternich'schen Systems, der Haß gegen die Heilung von innen heraus, hat den Sieg davon getragen; man hat es vorgezogen, ein leidendes Glied zu amputiren, weil man sich der Täuschung hingiebt, damit dem Heilungsprozeß zu entgehen, welchem der ganze Reichskörper unterworfen werden muß, wenn er gesunden soll. Jedenfalls sind wir um eine Erfahrung, um eine theuer erkaufte, reicher geworden; gebe Gott, daß nicht auch sie für Oestreich verloren sei, daß sie die Täuschungen, in welchen wir so lange gefangen waren, zerstöre, daß man endlich erkenne, daß auch das tapferste Heer, die mächtigsten Rüstungen Prüfungen gegenüber nicht bestehen können, wenn unausgesöhnte Elemente im Innern den Widerstand lähmen und dem äußern Feinde eine Hülfe bieten, die ihm den Werth einer zweiten Armee aufwiegt. Nach allen Wahrnehmungen, die ich in den verschiedensten Kreisen zu machen Gelegenheit hatte, in welche die Kenntniß des eben veröffentlichten preußischen Aktenstücks gedrungen ist, kann ich versichern, daß der Eindruck desselben ein mit Preußen aussöhnender ist. Erwarten wir, was die preußische Regierung uns ferner enthüllen wird; da inspirirte Zeitungen dies angekündigt haben, so dürfen wir uns ja auf weitere Mittheilungen gefaßt halten. Es kann nicht ausbleiben, eine vollständige Offenheit muß auch eine vollständige Versöhnung im Gefolge haben. (BHZ.)

Bayern. München, 24. Juli. [Reform der Bundesverfassung.] Man war bis jetzt im Unklaren, wie die bereits in Nr. 168 erwähnte Nürnberger Adresse sich zu der Frage verhalte, welchem Panier bei dem Bundesreformruf zu folgen, ob dem östreichischen, mit oder ohne Herrn v. d. Pfordten's Amendements, oder welchem sonst? Der Wortlaut dieses Aktenstückes liegt uns jetzt vor und giebt darüber einige Auskunft. Es geht von den Forderungen aus, welche die Kammer für Heeresrüstungen zu bewilligen haben werde, und antwortet auf die Frage, wie der Abgeordnete sich dem gegenüber zu verhalten, also: Wir sind der Ansicht, daß durch eine auf fester Grundlage ruhende Einigkeit der ganzen deutschen Nation eine größere Macht geschaffen wird, als durch die Aufstellung großer Heere, und glauben, daß es jetzt mehr als je an der Zeit sei, wenn unsere Abgeordneten diesem Gedanken Ausdruck verleihen würden. Der Bundestag hat seine Unzulänglichkeit für Zeiten der Gefahr mehr als genug bewiesen, das deutsche Volk verlangt aller Orten eine feste Centralgewalt, wie sie die Reichsverfassung geschaffen hat, und ist nicht zufrieden mit einer Bundesverfassung, welche keine Energie nach Außen zu entwickeln vermag. Mit deutscher Gesinnung reicht man in Zeiten, wie die unsrigen, nicht aus, es muß hierzu auch ein einiges, kräftiges Handeln kommen. Soll die Ausrüstung eines Heeres nur den Zweck haben, einen Angriffskrieg zu beginnen, so können wir uns nicht damit einverstanden erklären, da jeder Krieg eine despotische Handlung ist, die wir von ganzem Herzen verabscheuen. Sollte unser Vaterland angegriffen werden, so wird die Rüstung der Heere nicht allein den Ausschlag geben, sondern die Begeisterung, daß unser Volk für eine große heilige Sache kämpft; ist diese vorhanden, so wird es keinem Feinde gelingen, uns zu besiegen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß in der ganzen bayrischen Kammer Niemand gegen diese Auffassung sich erheben werde, denn zu welchem Zwecke soll das Heer ausgerüstet und in einer Stärke erhalten werden, die weit über unsre Bundespflicht hinausreicht? Eine Großmacht soll und kann Bayern nicht sein wollen; dafür, daß unsere Truppen dem Ackerbau und den Gewerben entzogen, von einem Ort zum andern marschiren, können keine so große Summen verlangt werden. Die Staatsregierung muß den Kammern in bestimmtester Weise Mittheilung machen über die eingeschlagene Politik, und unser heißester Wunsch ist nur, daß diese dann von der Art sein möge, daß unsere Abgeordneten mit freudigem Herzen ihre Zustimmung geben können. Im gegenwärtigen Augenblick soll es Aufgabe der Regiernng wie der Kammern sein, alle kleinlichen inneren Fragen fahren zu lassen und dem großen Ganzen, der Wohlfahrt des Gesammtvaterlandes die vereinten Kräfte zu weihen.

Hannover, 24. Juli. [Polemik gegen Preußen.] Die „Neue Hann. Ztg.“ beginnt, nachdem sie eine Zeit lang von allen Seiten aus den verschiedensten Blättern unliebsame Artikel über Preußen zusammengetragen hatte, ihre Tendenz gegen den großen Nachbarstaat unverhüllt in eigenen Artikeln darzulegen. Mit einer förmlichen Wuth greift sie die bekannte Erklärung zu Gunsten Preußens an und offenbart dadurch, daß sich das System v. Borries in diesem Punkte mit dem Lande nicht in Uebereinstimmung befindet. Wie könnten Hr. v. Borries und die Bevölkerung in irgend einem Punkte übereinstimmen! (M. C.)

— [Militäraushebungsgesetz.] Schon in der letzten Diät beabsichtigte die Regierung den ausgearbeiteten Entwurf eines neuen Militäraushebungsgesetzes vorzulegen. Die vielen anderen Gegenstände der Berathung, die lange Dauer der Sitzungen haben damals die gleichzeitige Vorlage des sehr umfassenden Gesetzes verhindert. Um jedoch einige Unzuträglichkeiten des alten Gesetzes zu entfernen, hat die Regierung den Ständen vorlänfig einen Gesetzentwurf über das Verfahren bei der Militär-Kontingentsaushebung vorgelegt, der nur der Vorläufer des größeren Militäraushebungsgesetzes sein wird, welches für die außerordentliche Diät nicht paßlich erschien. Den jetzigen Zeitpunkt hält die Regierung zur Einführung eines neuen Aushebnngs-Verfahrens für geeignet, weil in Folge der Veränderung der obrigkeitlichen Bezirke eine Veränderung der Aushebungs-Distrikte nothwendig geworden ist. Oberster Grundsatz für die Militäraushebung soll der sein, daß der Militärpflichtige an jedem Orte des Landes, ohne Unterschied, wo er sich aufhält, der Möglichkeit des Aufrufs zum Dienste gleich nahe stehe. Da nun nach dem Gesetz die Loosnummer die Reihenfolge des Aufrufs bestimmen soll, so würde dieser Grundsatz dann zur vollen Geltung kommen, wenn es möglich wäre, die Militärpflichtigen an einer das ganze Land umfassenden Loosung theilnehmen zu lassen und nach der danach sich ergebenden Reihenfolge der Loose in der vorgeschriebenen Ordnung zur Deckung des gesammten Mannschaftsbedarfs der Armee aufzurufen. Man wird jedoch solchem Ziele um so näher kommen, je größer die unter sich möglichst gleich getheilten Kreise gebildet werden können, von denen jeder einen gleichen Theil des Gesammtbedarfs zu liefern und dazu die Militärpflichtigen nach dem Ergebnisse der in ihm zu veranstaltenden Loosung herbeizuziehen hat. Diesen Zweck will die Regierung durch Aufhebung des §. 55 des Militäraushebungsgesetzes und durch Aenderung des §. 34 erreichen, wonach die Aushebungsdistrikte zu Verbänden auch für die Loosung werden. — Wie man hört, sollen unsere Genietruppen vorläufig nicht entlassen werden, sondern an der weitern Befestigung unserer Küsten arbeiten. (Wes. Z.)

Hannover, 25. Juli. [Anträge des Finanzausschusses zu den Kreditforderungen.] Heute hat der Finanzausschuß bereits seine Anträge zu den Kreditforderungen der Regierung übergeben. Rücksichtlich der Strandbefestigungen schlägt er den Kammern folgende Erwiederung an das Ministerium vor: „Wenn die königliche Regierung behufs der Küstenvertheidigung die Summe von 650,000 Thlr. veranschlagt und auch zum Theil bereits verwendet hat, so sind Stände mit der königlichen Regierung darin einverstanden, daß das hochwichtige Ziel einer Küstenvertheidigung an der Elbe, Weser und Ems sowohl im Interesse unsres Landes wie des gesammten Norddeutschlands mit allem Ernst und Nachdruck ins Auge zu fassen ist. Wie sie deshalb ihrerseits die bisher zu diesem Zwecke verwandten oder auf Grund eingegangener Verpflichtungen noch zu verwendenden Kosten gern bewilligen, so glauben sie doch nach den in ihrer Kommission weiter gegebenen Erläuterungen, daß einerseits der dermalige Militäretat des Landes nicht ausreichen wird, den Bundesanforderungen und den Anforderungen der Besetzung und Vertheidigung der Küstenbefestigungen gleichmäßig zu genügen, und daß andrerseits eine erhebliche Vermehrung dieses Etats die finanziellen Kräfte des Landes übermäßig in Anspruch nehmen würde. Sie ersuchen deshalb die königliche Regierung, den weiteren Verwendungen für die Küstenvertheidigung einstweilen Anstand zu geben und zuvörderst darauf hinwirken zu wollen, daß die behufs der Küstenvertheidigung erforderlichen militärischen Anstrengungen unsers Landes demselben auf seine bundespflichtmäßigen Leistungen in Anrechnung gebracht werden.“ Einige weitere Ermäßigungen beantragend, glaubt dann der Ausschuß, daß zur Bestreitung der Kosten behufs der Küstenvertheidigung, Anschaffung von Montirung, Material und Pferden, der Mobilmachungsgelder für Offiziere und Militärbeamte und des Unterhalts der extraordinär angekauften Pferde und der einberufenen Beurlaubten bis zum 1. August d. J. die Summe von 2 Millionen Thalern im Ganzen ausreichen wird. Der König hat den Grafen v. Knyphausen als Vizepräsidenten der Ersten und den Landdrosten Frhrn. v. Bülow als den der Zweiten Kammer bestätigt. (Pr. Z.)

Stade, 24. Juli. [Cholera.] Die Unterleibskrankheiten, welche zuerst im Alten Lande mit einzelnen Fällen der Cholera auftraten, haben sich mit dieser nach Stade verbreitet, und in Folge der enormen Hitze, die in der Stadt bis 26° R. im Schatten nach R. gestiegen war, sind viele ergriffen, mehrere auch sehr rasch gestorben, die meisten Fälle sind allerdings sehr leicht. In Folge der Krankheiten sind auch die Leute des noch kompleten Bataillons bis auf die Einstellung von 1857 entlassen. Auch aus Osnabrück und Lüneburg wird von Cholerafällen gemeldet. (Wes. Z.)

Sachsen. Dresden, 25. Juli. [Demobilisirung.] Das Kriegsministerium hat unterm 23. Juli eine Bekanntmachung erlassen, welche die Rückversetzung des Hauptkontingents der königlich sächsischen Armee auf den Friedensfuß betrifft.

Baden. Karlsruhe, 24. Juli. [Ein deutscher Sonderbund.] Nachdem das hiesige amtliche Blatt sich in der letzten Zeit in den giftigsten und albernsten Angriffen und Verdächtigungen Preußens ergangen, beginnt es jetzt die Schwenkung, zu der von Bayern aus die Parole gekommen ist, zu der Bamberger Politik. Sie leitet sie durch den Brief „von sehr ehrenwerther Seite“ ein, der Zeugniß gebe von der politischen Meinung „wie sie unter einem nicht kleinen Theile patriotischer und besonnener Männer zu herrschen scheine“. Der Korrespondent malt mit düstern Farben die innern Kämpfe, welche in nächster Zukunft Deutschland aus dem Gegensatze der schwarzgelben und schwarzweißen Fahne bevorständen. Eine mächtige Partei könne hier nur helfen, die sich dazwischenwerfe. Und so folgt dennn der Schluß von selbst:

„Diese Rolle fällt unter den obwaltenden Verhältnissen vorzugsweise der Bevölkerung und den Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten zu, die sich nicht schöner von dem unbegründeten Vorwurf der Verfolgung von Sonderbestrebungen reinigen können, als wenn sie, die (man verzeihe uns in Wien und Berlin) den eigentlichen Kern der Nation bilden, dahin streben, das gelockerte Band zwischen dem Norden und Süden wieder zu befestigen. Am nachdrücklichsten wird das Volk durch seine erwählten Vertreter diese Absicht zu verfolgen im Stande sein. Möchte hierin der bayrische (!) Landtag hochherzig vorgehen! Die Regierungen ihrerseits mögen sich des einzigen Gesammtorgans, der Bundesversammlung, bedienen, um in gleicher Richtung zu handeln. Dabei wird eine Reform in unseren Bundesverhältnissen unerläßlich sein. Es klingt wie eine bittere Ironie gegen die Vergangenheit, wenn jetzt von Preußen sowohl, wie von Oestreich Reformvorschläge ausgehen sollen, wenn sich diese Staaten hierin vielleicht gar überbieten. So große Berechtigung die Forderung einer totalen Bundesreform für sich haben mag, so möchten wir doch in Erinnerung eines mehrmaligen Scheiterns davor warnen, mit allzuviel auf einmal zu beginnen. Aber worauf jeder Deutsche den begründetsten Anspruch erheben kann, das ist die Garantie, daß seine Grenzen gesichert seien, daß Deutschland eine seiner Größe würdigere Stellung dem Auslande gegenüber erhalte, daß es in politischer wie militärischer Beziehung einen Kopf habe, der zugleich die Befugniß besitzt, jedes Sondergelüste energisch zu unterdrücken. Von Preußen insonderheit erwartet man, daß es nach seinen wiederholt, auch in jüngster Zeit gemachten Erfahrungen ein für allemal sich der Idee entschlage, daß Deutschland in Preußen aufgehen müsse. Was Oestreich betrifft, so kann es die ihm zu Theil gewordenen Sympathien des deutschen Volkes nicht besser erwidern, als wenn es, sich ebenfalls nur als ein Glied des Ganzen fühlend, das Interesse des Ganzen sich zum Zielpunkt macht und auch bei sich zu Hause durch zeitgemäße Reformen dem Geiste deutscher Bildung, Sitte und Freiheit mehr und mehr Raum gewährt.“

Also der „politisch-militärische“ Kopf Deutschlands in unparteiischer Ablösung von den Schultern Bayerns, Württembergs, Kurhessens u. s. w. bis auf die von Schaumburg-Lippe und Liechtenstein-Vaduz wandernd.

Bremen, 24. Juli. [Preußen und die Bundesverfassung.] Die „Wes. Z.“ sagt in einem Artikel über die Agitation gegen die jetzige Bundesverfassung und Preußens Stellung dazu:

Ein so äußerstes Mittel, wie die Sprengung des alten und die Begründung eines neuen Bundes wird die besonnene preußische Regierung, wenn sie von ihm

Gebrauch machen sollte, doch für äußerste Fälle von Noth und Gefahr aufsparen. Ihr nächster Weg wird der bundesmäßige und der bundesfreundliche sein, so lange man ihr auf diesem hellen Pfade begegnet. Aber ihr Ziel kann kein geringeres sein, als eine völlige Umgestaltung der Bundesverfassung in Haupt und Gliedern. Es ist daher wohl anzunehmen, daß sie vor dem Ausmarsche wünschen wird, durch die unzweideutige Stimme der Nation zu ihrem schweren Werk berufen und gleichsam bevollmächtigt zu werden. Ohne von dieser Uebereinstimmung mindestens bei sich selber innig überzeugt zu sein, könnten gewissenhafte Männer gar nicht also vorgehen. Die patriotischen Kundgebungen, von denen wir in dieser Woche mehrere aus den verschiedensten Theilen Deutschlands gemeldet haben, werden der preußischen Regierung das erforderliche Vertrauen zum deutschen Volke gewähren. Ihre Sprache ist allzu bezeichnend. Ihr Ursprung zeugt von weiter und tiefer Verbreitung des einzig gesunden Einheitsgedankens. Aber sie können trotzdem nicht häufig genug kommen und nicht zahlreich genug unterschrieben werden, so daß diejenigen, welche während des Krieges beständig nach „preußischen Thaten" riefen, weil damals allerdings nur militärisches Handeln am Platze war, nun eine treffliche Gelegenheit vor sich sehen, auch ihrerseits ein wenig Muth und ein bischen Thatkraft zu beweisen. So wenig in Hannover, als in Eisenach und Nürnberg, wird man sich darüber getäuscht haben, daß es bis zum aufgesteckten Ziele noch eine gar lange Bahn zu durchwandeln gilt. Was unter den außerordentlichen Umständen des Krieges rasch gewonnen zu werden versprach, aber auch minder sicher und dauerhaft, das muß nun unter den gewöhnlichen Umständen des Friedens Schritt vor Schritt erstrebt werden. Nicht im Fluge werden wir es erhaschen. Nicht ein flüchtiger Rausch vaterländischer Begeisterung wird uns zum Siege führen. Ausdauernde, planmäßige, folgerichtige Arbeit ist das Einzige, was unsere Wünsche reifen kann. Zu ihr aber mag uns das wiedergekehrte Glück des Friedens auch insofern ermuthigen, als in seinem Schooße stets die Ernten freier Nationen liegen, während Despoten dem Kriege und überhaupt der rechtbrechenden Gewalt mehr zu vertrauen Grund haben. Auf dem Schlachtfelde kann Preußen geschlagen werden, in friedlichem Wettstreit wird es über alle Widersacher triumphiren, so lange es die gesegnete Stätte menschlicher und bürgerlicher Freiheit ist.

Lippe. Bückeburg, 24. Juli. [Vom Hofe.] Am 20. d. wurde die Erbprinzessin zu Schaumburg-Lippe, geb. Prinzessin von Waldeck und Pyrmont, von einem gesunden Prinzen glücklich entbunden. (K. Z.)

Mecklenburg. Schwerin, 24. Juli. [Einführung des Zollpfundes; Cholera; Beurlaubung ꝛc.] Die Regierung schreitet jetzt mit der Einführung des Zollpfundes als Landesgewicht vor. Es wird der Bedarf an neuen Gewichten ermittelt, um nach Beschaffung derselben mit der Publikation verfahren zu können. — Nachdem in Rostock einige zwanzig Cholerafälle vorgekommen sind, sucht die halbe Stadt nach Warnemünde zu entfliehen, wo diese Seuche noch nie erschienen ist. — Die früher beurlaubte Mannschaft unsers Kontingents ist bis auf den Train wieder beurlaubt. Etwa 500 Pferde werden in den nächsten Tagen versteigert. Die Sympathien in unseren maaßgebenden Kreisen für Oestreich sind mit einem Mal verstummt, darauf folgt aber noch keine Sympathie für Preußen; das dortige Gouvernement gilt nun einmal bei unseren Junkern für revolutionär und der Wunsch nach deutscher Einheit für hochverrätherisch! (N. Z.)

Großbritannien und Irland.

London, 24. Juli. [Englische Aktenstücke zur italienischen Frage.] Lord John Russell hat jetzt dem Parlamente einen Theil der Korrespondenz über die italienischen Herzogthümer vorgelegt. Es sind im Ganzen drei Depeschen. In der ersten, datirt vom 22. Juni d. J., wird der britische Gesandte in Turin, Sir James Hudson, durch Lord J. Russell benachrichtigt, daß er vom Marquis d'Azeglio zwei Depeschen erhalten habe, in welcher die sardinische Regierung ihre in der Lombardei und den Herzogthümern gethanen Schritte rechtfertigt. Lord John bemerkt dazu, daß die britische Regierung Alles, was bis jetzt geschehen, als Provisorium betrachten müsse und nur wünschen wolle, daß sich dort, wo die bisherigen Regierungen verdrängt worden, die Scenen von 1848 und 1849 nicht wiederholen werden. — In der zweiten, vom 25. Juni aus Turin datirten Depesche meldet Sir James Hudson, die sardinische Regierung habe in ihrem auswärtigen Amte bis auf Weiteres ein besonderes Departement errichtet, um die Angelegenheiten der Herzogthümer bestmöglichst zu verwalten, und seien die betreffenden Gouvernements mit außerordentlichen Vollmachten versehen worden, um die laufenden Geschäfte an Ort und Stelle zweckmäßiger besorgen zu können. Darauf antwortete John Russell am 28.: „Ich habe Ihnen mitzutheilen, daß Ihrer Majestät Regierung bereitwillig die Zweckmäßigkeit anerkennt, daß die mit Oestreich im Kriege Begriffenen gemeinsame Anstrengungen machen, mag dies durch die regelrechte Aktion der resp. Souveräne, oder durch die freiwillige Bewegung der Bewohner unter einer gemeinsamen Leitung geschehen. Was jedoch die bleibende Einverleibung solcher Staaten, die bisher besonderen Souveränen unterthan waren, mit Sardinien anbelangt, hat Ihrer Majestät Regierung ein Verfahren eingeschlagen, daß ihr mit dem Völkerrechte das Entsprechendste scheint. Ihrer Majestät Regierung ist, wie ich Ihnen in meiner Depesche vom 22. d. mitgetheilt habe, der Ansicht, daß alles bisher Geschehene als provisorisch betrachtet werden müsse; und daß, wenn es auch nothwendig sein dürfte für die zeitweilige Aufrechthaltung der Ordnung in jenen Ländern, deren Regierungen sich zurückgezogen haben oder auch gestürzt worden sind, Anordnungen zu treffen, die Gebietstheilungen und die Souveränetätsrechte von Nord- und Mittel-Italien am Ende doch nur durch den Volkswillen, das Kriegsglück und schließlich durch einen europäischen Vertrag geordnet werden können. Ihre Majestät freut sich zu sehen, daß diese Ansicht von der französischen Regierung getheilt und durch die Erklärung des „Moniteur" vom 24. d. bestätigt wird, in welcher die Ankündigung enthalten ist, daß aus der dem König von Sardinien von allen Seiten Italiens angebotenen Diktatur irrthümlich der Schluß gezogen worden sei, als ob Sardinien, ohne die Wünsche der Bevölkerung und der Großmächte weiter zu Rathe zu ziehen, es darauf abziele, mit Hülfe der französischen Waffen ganz Italien in Einen Staat zu vereinen; daß eine derartige Diktatur vielmehr eine nur zeitweilige sei, die die gemeinsamen Kräfte einer gemeinsamen Autorität unterordnet, ohne dabei späteren Kombinationen in irgend einer Weise vorzugreifen. Aus der Art, wie sich Baron Brunnow äußert, schließe ich, daß dies auch die Ansicht der russischen Regierung sei. Lesen Sie diese Depesche gefälligst dem Grafen Cavour vor, ohne Sr. Exzellenz eine Abschrift derselben zu geben. J. Russell."

— [Der „Economist" über den Friedensschluß.] Auch der „Economist" spricht sich mißbilligend über die Friedensbedingungen aus. Er sagt: „Keinem denkenden Politiker kann es auch nur für einen Augenblick entgehen, daß der Mincio keine wirksamere Scheidelinie zwischen Piemont und Oestreich abgeben kann als der Ticino, daß die alte Eifersucht unvermeidlich wieder aufwachen muß zwischen einem durch eine konstitutionelle Regierung beherrschten Staate (wenn anders die Konstitution in Piemont wiederhergestellt werden sollte) und einem Staate, der durch einen unterdrückenden Despotismus regiert wird. Nun werde sie um so schneller und um so bedenklicher für die Existenz eines italienischen Bundes entstehen, in welchem alle italienischen Angelegenheiten diskutirt werden sollen. Das eigentliche Wesen (the very essence) des vorgeschlagenen Arrangements ist, daß Piemont fortwährend auf Frankreich blicken muß, um eine Stütze gegen Oestreich zu haben, das, je mehr es unter den jüngst erlittenen Verlusten leidet, um so erpichter auf jede Gelegenheit zur Rache sein wird. Es ist klar, daß die Veränderungen, die seit Februar eingetreten sind, alle darauf hintreiben, den östreichischen und den französischen Einfluß nur dichter an Italien anzuklammern, anstatt daß er gelockert werden sollte, und Englands Betheiligung an einem Kongreß könnte nur neue Flecken auf unsre auswärtige Politik werfen; man müßte denn die ganze Frage von vorn aufnehmen und die in Villafranca vereinbarten Grundlagen als einen todten Buchstaben behandeln. Und dies, meinen wir, wird jeder denkende Staatsmann für eine moralische Unmöglichkeit halten."

— [Die Revolutionäre] aller Länder, welche hier als Flüchtlinge weilen, schöpfen seit dem Friedensschluß neue Hoffnungen und betreiben einen wahren Kultus mit Orsini's Portrait. So hatten die revolutionären Gesellschaften in London vor einigen Wochen beschlossen, dieses Jahr nicht die Feier der Einnahme der Bastille zu begehen; allein nach Ankunft der Friedensnachricht wurde dieser Beschluß umgestoßen, und die französischen, italienischen, polnischen und deutschen Flüchtlinge haben vor einigen Tagen ein Bankett zur Feier dieses Jahrestages abgehalten.

— [Tagesbericht.] Gestern Nachmittag wurde ein Kabinetsrath, der dritte in der Woche, abgehalten. Sämmtliche Minister wohnten demselben bei. Wie man hört, kam dem Kabinette die plötzliche Zusammenberufung durch den Premier etwas unerwartet. Hr. Gladstone wurde dadurch von der beabsichtigten Theilnahme an dem Leichenbegängnisse eines nahen Verwandten abgehalten. — Der „Observer" schreibt unter seinen letzten Nachrichten: „Aus sehr hoher Quelle wird berichtet, der Kaiser Napoleon werde binnen Kurzem seine Flotte und sein Heer reduziren." (?) — Es ist seit einiger Zeit wieder ernstlich von der Gründung eines besonderen Justizministeriums die Rede. — Dem „Court Journal" zufolge ist die Gesundheit der Herzogin von Kent vollkommen wieder hergestellt. — Dieser Tage starb im Alter von 76 Jahren der Graf von Cathcart, Sohn des ersten Grafen gleichen Namens. Der Titel geht auf den Sohn des Verstorbenen, Alan Frederick, Lord Greenock, geboren im Jahre 1828, über. — Dem Admiral Lord Lyons soll ein passendes Denkmal gesetzt werden. Es hat sich zu diesem Zwecke ein Ausschuß gebildet, der zu freiwilligen Beiträgen auffordert. — Im Laufe der nächsten Woche erscheint hier (bei Parker and Son) eine „Geschichte Ungarns in den Jahren 1848 und 1849", von Otto von Wenckstern, der seit einer Reihe von Jahren ein fleißiger und geschätzter Mitarbeiter bei den bedeutendsten Londoner literarischen Blättern ist. Es ist dies das erste englische Buch, das unter seinem Namen erscheint. — Die frühere Mittheilung, daß der Prozeß der Phönix-Verschwörer in Irland von der jetzigen Regierung mit möglichst großer Schonung erledigt werden würde, hat sich nun auch vor den Assisen von Kerry bestätigt. Die betreffenden Angeklagten wurden, nachdem sie sich schuldig bekannt hatten, auf ihr Wort hin, nichts weiter gegen die Ruhe des Landes zu unternehmen, freigelassen.

London, 25. Juli. [Parlament.] In der so eben stattgehabten Sitzung des Oberhauses drang Lord Lyndhurst abermals auf Fortsetzung der Rüstungen. Der Unterstaatssekretär des Krieges versprach Niedersetzung einer gemischten Kommission, die über die Landesvertheidigung berathen und demnächst Bericht erstatten solle. (Tel.)

Frankreich.

Paris, 24. Juli. [Historische Parallele; die italienische Frage.] Der Feuilletonist des „Journal des Débats" zieht eine Parallele zwischen der Zusammenkunft von Villafranca und der von Tilsit. Wenn auch solche historische Prallelen gewöhnlich nur bei den Haaren herbeigezogen zu sein scheinen, so haben sie doch ihre Berechtigung, wo geschichtliche Vorgänge mit Bewußtsein und Absicht reproduzirt werden. Man hat freilich schon in der Kaiserbegegnung von Stuttgart einen Abklatsch von Tilsit erkennen wollen, aber das verhielt sich zu Villafranca doch nur, wie eine Theaterprobe zur wirklichen Aufführung. Ich weiß nicht, ob Louis Napoleon aus Thiers, oder ob Beide aus denselben Quellen geschöpft haben, jedenfalls ist aber in Thiers' Schilderung der Zusammenkunft am Niemen sehr erbaulich nachzulesen, was vor zwölf Tagen zwischen Mincio und Etsch gehabe. Selbst der Kaiserkuß steht schon im Thiers. Dann schildert Thiers, wie Napoleon I. seinen jugendlichen Gegner durch Verhetzung auf dessen bisherigen Bundesgenossen herum bekommen, wie er dessen tapferes Heer gepriesen, ihm versprochen, die Herrschaft des Kontinents, ja Europa's, mit ihm zu theilen, wie dann Napoleon I. in der Stille zurückgekehrt und fast plötzlich in den Tuilerien erschienen sei, wo die Frauen und die Großwürdenträger ihn empfangen, wie er zu letzteren gesagt, er liebe den Frieden, er selbst würde künftig sein erster Minister sein und alle Segnungen des Friedens, alle materiellen Fortschritte selbst höchsteigenhändig zu fördern suchen, Europa habe ihn verkannt, ungerecht beurtheilt, und so weiter. Der ähnliche Passus, welcher vor drei Tagen gesprochen und von stärkeren Redensarten begleitet wurde, mußte für den „Moniteur" etwas modifizirt werden, um dem allgemeinen Ton der Mäßigung zu entsprechen, welchem die hiesige Börse so wenig vertraut. — Der friedliebende Monarch würde die italienische Frage, nachdem er sie vorläufig geordnet, gern einem Kongreß übertragen, wenn nur Oestreich nicht so eigensinnig wäre. Allerdings ist die Frage auch nur vorläufig geordnet. Ueber Parma zwar sollen die beiden Kaiser sich leicht verständigen; dem Einen mag die Bourbon, dem Andern die liberale Fürstin zuwider sein. Und wenn Oestreich nicht mit französischer Bewilligung in Toscana und Modena intervenirt, was denn doch ein Bischen viel zugemuthet wäre, so wird auf der ganzen Halbinsel neben Oestreich, Piemont, dem Papst und dem König von Neapel nur noch ein Kleinstaat bestehen, die Republik von San Marino nämlich, als untastbares Monument der heiligen Verträge von 1815 und als glänzendes Beispiel der Unschädlichkeit der Republiken im Duodezformat. Freilich wird auch der Prinz von Monaco gegen die neue Ordnung der Dinge protestiren. Aber Sardinien wäre alsdann jedenfalls mächtig genug, um wieder reaktionär zu werden, wenn nicht die Hoffnung nach größerer Beute es im liberalen Fahrwasser erhielte. Auch eine kleine Gardasee-Flottille ist ihm bescheert worden, ein wahrhaft kaiserliches Geschenk! Kurz, Frankreich hat viel für Sardinien gethan, nur den persönlichen Genuß der Demüthigung hat sich Napoleon III. persönlich reservirt. Am stärksten aber wird die Situation dadurch bezeichnet, daß sich das Wiener Kabinet nach wie vor dem Kriege gegen Piemont's Zulassung zu den Friedensverhandlungen sträubt. Das ist die berühmte Achtung vor dem nationalen Prinzip, auf welchem die italienische Bundesverfassung aufgebaut werden soll, wie (helf's Gott!) die deutsche darauf erbaut worden ist. Uebrigens bestätigt es sich, daß Neapel und der Papst auf das sündhaft moderne Projekt des Bundesstaaats einzugehen nicht Willens sind. Der König von Neapel meint, er könne auch ohne Karlsbader Beschlüsse seine Preßfreiheit aufrecht erhalten. Ob aber ohne die Perspektive östreichischer Ladestöcke, das ist denn doch die Frage! (N. Z.)

— [Die Verträge von 1815 und die Befreiung Italiens.] Das „Pays" meint, daß die nach der Niederlage bei Waterloo abgeschlossenen Verträge von 1815 in Wirklichkeit gar nicht mehr bestehen. Im Jahre 1830 hat ihnen die Julirevolution den ersten Stoß versetzt. Heute sind diese Verträge durch den Frieden von Villafranca auf das Neue umgestaltet worden. Was man gegen Frankreich aufgerichtet, wurde von Frankreich wieder vernichtet. Mit Sebastopol sind die letzten Pfeiler der heiligen Allianz gefallen, und unter dem Hauche der Siege von Magenta und Solferino wurde das Gespenst dieser Allianz auf immer verscheucht. Italien hat mit Frankreichs Hülfe das Leichentuch abgeschüttelt, (?) in das es sich hüllte (!!), und begrüßt die Morgenröthe einer neuen Freiheit. Italien möge sich vor Gesetzlosigkeit und Unordnung hüten, denn der eben ausgestreute Samen muß einige Zeit in der Erde bleiben. Die Saat schießt nicht in einem Tage empor. Die Regierungen und Fürsten von Italien werden sich ihrer Pflichten gegen ihre Völker erinnern und diese müssen mit Geduld der Zukunft sich vergewissern. Napoleon hat Italien gegen den Willen Europa's, ja zum Theil gegen den Willen Frankreichs befreit. (?!) Diese Befreiung ist somit das persönliche Werk Napoleons, und er hat die Verantwortlichkeit und die damit verbundenen Gefahren übernommen, so wie ihm ein großer Theil des Ruhmes gebührt. Indem der Kaiser sich nach einem wunderbaren Feldzuge aus Italien zurückzieht, hat er doch bedeutende Ergebnisse diesem Lande zugesichert. Napoleon III. hat Italien befreit, ohne ihm Alles zu opfern, er durfte und konnte das nicht thun. Napoleon III. hat Europa viel zugestanden, aber er hat auch diesem nicht Alles geopfert. Er hat ihm die Verträge von 1815 wieder abgenommen. Frankreich allein hat er Alles geopfert, selbst einen Theil seiner Absichten, selbst seinen Ruhm. Frankreichs Freude ist groß, indem es so viel geschickte Vorsicht mit so vieler Größe verbunden sieht. Frankreich wird dem Kaiser für den Frieden von Villafranca sehr dankbar sein. (??)

— [Die englisch-französischen Verhandlungen.] Ueber die Verhandlungen, welche der „Indépendance" zufolge zwischen Frankreich und England wegen eines europäischen Kongresses und einer allgemeinen Entwaffnung angeknüpft sein sollen, erfährt die „Köln. Ztg.", Herr v. Persigny habe aus London die Nachricht nach Paris gebracht, daß England einen Kongreß unter der Bedingung einer vorherigen allgemeinen Entwaffnung annehme. Daß das Ministerium Palmerston der französischen Politik sehr entgegenkommt, läßt sich nicht verkennen, und wird auch von dem offiziösen „Constitutionnel" anerkannt, der mit Genugthuung hervorhebt, daß Palmerston und Russell gesagt haben, Napoleon III. sei stets ein treuer Verbündeter Englands gewesen, wogegen der frühere Premier Derby zu jenen Leuten gehöre, „die mit neidischen Augen Frankreich sich vergrößern sehen und denen unsere moralischen Eroberungen mehr Besorgnisse als Wetteifer einflößen". Derby sei nicht bloß unglücklich, wenig groß und wenig hochherzig in den Verhandlungen, sondern auch ein ungerechter Ankläger und schlechter Prophet gewesen, da er dem Kaiser Napoleon Ehrgeiz untergeschoben, von falschen Vorwänden, unter denen der Krieg unternommen, von dessen Vergrößerungs- und Herrschsucht gesprochen und einen allgemeinen europäischen Krieg geweissagt habe, während der Kaiser nur Frankreichs und Italiens Vortheil im Auge gehabt, durch den Frieden am Mincio diese Unglücksprophezeiungen Lügen gestraft habe. Der Friede von Villafranca zeige „ein konföderirtes, von Fremdherrschaft befreites, alle Garantien der Unabhängigkeit besitzendes, mit allen Mitteln der Reform und des Fortschritts ausgerüstetes Italien", und dennoch sei Derby wieder mit „unzureichenden Gründen und falschen Vorspiegelungen, mit denen der Krieg begonnen", vorgetreten. So hat es Frankreich mit einem doppelten England zu thun: mit dem England Palmerston's und der „Morning Post" und mit dem England Derby's und der „Times". Die „Indép." weiß übrigens von dem günstigen Fortgang der französisch-englischen Kongreßverhandlungen nichts.

— [Ueber die Friedenspräliminarien] erfährt das „Siècle" aus Mailand Folgendes: Die Lombardei, Parma und Piacenza fallen an Sardinien, das Venetianische bleibt unter östreichischem Scepter, erhält aber eine italienische Verwaltung, Miliz und Marine. Das Garnisonsrecht in den Festungen verbleibt Oestreich, welches sich verpflichtet, in Italien nicht mehr als 15,000 Mann zu halten. Piemont darf Brescia und Cremona befestigen; alles Uebrige soll durch einen Kongreß geregelt werden, welcher hauptsächlich folgende Fragen zu entscheiden haben würde: 1) die Begingungen, unter welchen Mantua und Peschiera bei Oestreich bleiben; 2) Abtretung des Herzogthums Parma an Piemont; 3) Umformung der Legationen in einen unabhängigen Staat nach den Wünschen der Bevölkerung; 4) die Nichtintervention Oestreichs und Frankreichs bei der Wiedereinsetzung der Herrscher von Modena und Toscana.

Paris, 26. Juli. [Die Rüstungen Englands und Frankreichs.] Der heutige „Moniteur" sagt (wie wir bereits in Nr. 171 telegraphisch gemeldet): Man sucht in England der französischen Regierung die Ursachen der Lasten, die man dem englischen Volke für die Landesvertheidigung auferlegt, zuzuschreiben. Eine angebliche übermäßige Vermehrung unsrer Rüstungen diert als Rechtfertigung der beträchtlichen Vermehrung der englischen Kriegs- und Marinebudgets. Der Artikel vergleicht die französischen und englischen Budgets, um zu zeigen, wie irrig diese Schätzungen sind. Seit 1853 hat sich das englische Kriegsbudget um 336 Mill. vermehrt, wovon 200 Mill. auf die Marine kommen. Im Jahre 1860 werden beide Budgets 650 Mill. betragen, wovon 320 für die Marine. In Frankreich beträgt das Kriegsbudget für 1860 339, das Marinebudget 123 Mill. In den Ziffern für 1859 und 1860 sind die italienischen und kochinchinesischen Kriegskosten nicht mit inbegriffen, aber es ist wahrscheinlich, daß die Anleihe von 500 Mill. eine beträchtliche Summe disponibel lassen werde. Der Artikel schließt: Man frage sich also, ob man Frankreich und seinen Rüstungen die außerordentlichen Lasten Schuld geben kann, welche man dem englischen Volke auferlegt, oder ob die enormen Ausgaben und Steuern nicht anderen Ursachen beigemessen werden müssen?

Schweiz.

Bern, 21. Juli. [Die Verhandlungen des Nationalrathes] nahmen heute einen etwas lebhaftern Verlauf. Als erster Gegenstand war die Neutralitätspolitik des Bundesrathes an der Tagesordnung. Die Kommission beantragte Zustimmung zum Beschlusse des Ständerathes, d. h. unbedingte Genehmigung und diese wurde ertheilt. Nun folgte das Gesetz über den Fremdendienst. Die Kommission beantragte Verschiebung. Im Verlaufe der Debatte schien sich den Kommissionsgliedern die Ueberzeugung aufzudringen, die Stimmung des Rathes sei für die beschleunigte Erlassung des Gesetzes, und der Verschiebungsantrag wurde zurückgezogen. Die Berathung des Gesetzes selbst wird wahrscheinlich nächste Woche stattfinden. (K. Z.)

Bern, 23. Juli. [Die Bisthümerfrage.] Der Ständerath hat sich bei Namensaufruf mit 27 gegen 11 Stimmen für Lostrennung Tessins und Graubündtens von den lombardischen Bisthümern Como und Mailand ausgesprochen.

Bern, 24. Juli. [Militärisches; Menschenversteigerung.] In Genf und Umgegend sieht man seit einigen Tagen den eidgenössischen Oberst Aubert mit 16 eidgenössischen Stabsoffizieren, unter welchen 4 vom Genie-, 4 vom Artillerie- und 8 vom Generalstab, im Auftrage des Bundesrathes mit dem militärischen Studium aller über den Jura führenden Straßen beschäftigt. Nachdem sie ihre Studien in der Nähe von Genf vollendet, werden sie dieselben im Waadtland fortsetzen und sich dann zum gleichen Zweck ins Wallis begeben. Es sollen diese auf die Landesvertheidigung bezüglichen Studien, welche zugleich ein vortreffliches Instruktionsmittel für die General-Stabsoffiziere darbieten, auf sämmtliche Grenzgebiete der Schweiz ausgedehnt werden. — Mit der Ueberschrift „Ein betrübender Beitrag zur Sittengeschichte" bringt der „Bund" folgende Mittheilung aus dem Kanton St. Gallen: In Wangs wurden am 7. d. Mts. die unterstützungsbedürftigen Armen (Kinder, alte Leute ꝛc.) auf öffentliche Versteigerung gebracht und den Wenigstfordernden auf ein Jahr zur Ernährung überlassen.

— [Kossuth; die Schweizer aus Neapel.] In Genf ist Kossuth mit seiner Familie angelangt. — Die Zahl der in Genf eingetroffenen Soldaten des 2. und 3. Fremdenregiments von Neapel beläuft sich nach dem „Bund" bereits auf 2290. Unter ihnen befand sich ein einziger Offizier (Unterlieutenant), ein Sergeantmajor und 2 oder drei Sergeanten, dagegen eine Menge Korporäle, durch welche die Emeute scheint angestiftet und geleitet worden zu sein. Unter jenen 2290 Mann traf man nur 50—60 Angehörige der benachbarten deutschen Staaten. Der Rest bestand aus lauter Schweizern. Laut einer Korrespondenz der „Eidg. Z." liegt die wahre Ursache der Emeute darin, daß man c. 800 Mann, deren Kapitulation abgelaufen war und die somit das Recht hatten, nach Hause entlassen zu werden, widerrechtlich beim Regiment behielt. Die Fahnenänderung soll dann nur die Veranlassung zum Ausbruch des Unwillens gegeben haben. Das „Journal de Genève" giebt der Mannschaft für ihre Aufführung in Genf das beste Zeugniß.

Italien.

Mailand, 19. Juli. [Die Deutschen in Italien; Hitze.] Man schreibt der „N. Z." von hier: Die Nachrichten aus Deutschland über die Wirkung des Friedensschlusses werden mit großem Interesse von den Italienern aufgenommen. Von einem Hasse gegen die Deutschen im Allgemeinen habe ich bis jetzt weder in Mailand, noch im übrigen Oberitalien viel bemerkt, und traue deshalb einzelnen Berichten darüber nicht. Die meisten sich hier aufhaltenden Deutschen sind Kaufleute oder aus dem Gewerbestande; sie treten natürlich leise auf, und wenn auch Worte fallen, in denen die Italiener östreichische Gesinnungen hervorbrechen sehen, so rechtfertigen sie sich dann nicht weiter. Meiner Erfahrung nach kann ein Deutscher, der nicht gradezu für Oestreich auftreten will, ungestört in der Lombardei und Piemont reisen. Eine solche Reise hat ohnedies jetzt mehr Interesse, als in ruhigen Zeiten. — Die Hitze ist in Oberitalien diesen Sommer eine ganz ungewöhnliche.

— [Piemont und die Kirche.] Einem Pariser katholischen Blatte wird geschrieben: Der König von Piemont ist entschlossen, sich mit der Kirche wieder zu versöhnen, und hat, wie man sagt, an den Kardinal Antonucci, ehemaligen Nuntius in Turin, geschrieben, um ihn zu ersuchen, den Vermittler zwischen ihm und dem päpstlichen Stuhle abzugeben. Man weiß noch nicht, unter welchen Bedingungen die Censur zurückgenommen, noch ob die vollständige Restituirung auferlegt werden würde. Es würde das nothwendig zu einem Konkordate führen.

Spanien.

Madrid, 18. Juli. [Infant Don Sebastian; Hitze; Militärisches.] Der Infant Don Sebastian wird nebst Gefolge in Madrid erwartet. In dem königl. Palaste werden Gemä-

cher für ihn in Bereitschaft gesetzt. Die karlistische Partei zeigt, in Folge der Aussöhnung des Infanten Don Sebastian mit der Königin Isabella, immer mehr zunehmende Niedergeschlagenheit und Rathlosigkeit. — Die Hitze ist außerordentlich. Das Thermometer zeigte dieser Tage 40 Grad R. in der Sonne und 33° im Schatten. Die Auswanderung aus Madrid ist gewaltig, man sucht etwas Frische außerhalb der Hauptstadt. — Die Regierung hat Befehl ertheilt, die Operationen wegen der Militär-Stellvertretung für nächstes Jahr einzustellen. Der größte Theil der Provinzialbataillone, welche unter die Waffen gerufen wurden, kehrt in die Heimath zurück.

Rußland und Polen.

Petersburg, 20. Juli. [Kapital zur Prämiirung hebräischer Werke.] Die „Wjedomosti" melden: Der Dirigirende des Ministeriums der Volksaufklärung, Geheimrath Muchanow, hat dem Präsidenten der kaiserl. Akademie der Wissenschaften mitgetheilt, daß der Kaiser, auf Vorstellung des Komité's, für die Israeliten unter dem 16. Mai zu gestatten geruht hat, daß die Israeliten ein Kapital bilden, damit bei der Akademie der Wissenschaften Prämien für die besten Werke der hebräischen Literatur ausgeschrieben werden können. Indem die kaiserl. Akademie der Wissenschaften dieses zur allgemeinen Kunde bringt, ladet sie wohlwollende Hebräer zu freiwilligen Beiträgen ein, damit ein Fonds zu diesem Zwecke begründet werde.

— [Die Leibeigenschaftsfrage; Telegraphenwesen; Dampfschifffahrt auf dem Kuban.] Die Frage von der Aufhebung der Leibeigenschaft schreitet ihrer Lösung unausgesetzt entgegen. Man giebt der Hoffnung Raum, daß sämmtliche Gouvernementskomité's binnen wenigen Monaten ihre Arbeiten beendet und das Material ihrer Verhandlungen an das hier tagende Hauptkomité eingesandt haben werden. Mit Ende dieses Jahres, glaubt man, dürften dann auch die Elaborate im Centralkomité ihrer Erledigung entgegensehen. — Nach der russischen „St. Petersburger Ztg." beträgt die gegenwärtige Ausdehnung sämmtlicher im Reiche bis jetzt ausgeführten elektrischen Telegraphen 8101 Werst, die der Leitungen 10,246 Werst und bis Ende nächsten Jahres wird durch die beabsichtigten Erweiterungen das telegraphische Eisenbahnnetz eine Ausdehnung von 16,344 Werst hinsichts der Linien und von 20,654 Werst hinsichts der Leitungen erfahren haben. Sodann werden nur noch 8 Gouvernements-Hauptsitze von der telegraphischen Kommunikation mit der Residenz und dem Auslande ausgeschlossen sein. Auf den projektirten sibirischen Telegraphen, welcher Petersburg mit den Amurlanden in Verbindung setzen soll, ist in obigem Kalkül keine Rücksicht genommen worden, da seine Ausführung noch fraglich erscheint. — Vor einiger Zeit ist, dem „Kawkas" zufolge, der Kuban zum ersten Male durch ein russisches, in England erbautes Dampfboot befahren worden, welches bei dem gegenwärtig niedrigen Wasserstande des Flusses nur bis Ust-Labinsk vordringen konnte, während man annimmt, daß es bei ermöglichtem Tiefgange bis Temischbeksk wird vordringen können. Durch diesen neu eingeführten Dampfschiffkurs ist für die transkaukasischen Lande ein neuer Segen erwachsen und die Idee realisirt worden, mit welcher sich schon der für die Industrie Rußlands so thätige Baron Alexander v. Meyendorff bei seiner Anwesenheit im Kaukasus lange Zeit trug, ohne daß es ihm gelang, die damalige Regierung für das Unternehmen der Beschiffung des Kuban zu begeistern. (Pr. Z.)

— [Sebastopol.] Die englische Barke „Westbrook", die am 1. März Sebastopol verlassen hatte, bringt wieder einmal Nachrichten von diesem in Vergessenheit gerathenen Erdenfleck. Ihr Kapitän Bonello berichtet, daß die ganze Umgebung der Festung bis nach Balaklava vollständige Einöde sei. In der Stadt selbst ist kein Verkehr. Die Straßen sind halb verödet, und die wenigen Bewohner, die anzutreffen sind, führen in ihren kleinen Häusern ein überaus kümmerliches Leben. Der Malakoff sieht wie ein umgeworfener Berg aus; die Schiffswerften gleichen unförmlichen Felsenmassen, und die Regierungsmagazine sehen aus, als ob sie jeden Augenblick einstürzen wollten. Nirgends auch nur ein Anzeichen, daß die einst so furchtbaren Festungswerke wieder hergestellt werden sollten. Im Hafen arbeiten noch immer Amerikaner, die versenkten Kriegsschiffe aus der Tiefe zu holen, doch war ihnen dies bisher nur mit einigen kleineren Fahrzeugen gelungen.

Asien.

Bombay, 23. Juni. [Die Insurgenten.] Nach einer in Alexandrien am 13. Juli angekommenen Post sieht es in der Umgegend von Rewah und Dschubbelpore noch immer unruhig aus und Insurgentenschaaren machen den Handelsverkehr unsicher.

Hongkong, 21. Mai. [Der Vertrag von Tient-Tsin; der Handel mit Japan; Yeh.] Man schreibt der Pariser „Presse": Es wird sich jetzt herausstellen, ob der Vertrag von Tien-Tsin eine Wahrheit oder nur ein todter Buchstabe ist. Sir Bruce reist nächste Woche nach Peking, um dort die Ratifikationen auszutauschen. Da nun das Gerücht geht, die Regierung wolle die Barbaren um keinen Preis in die Stadt lassen, so läßt sich der englische Gesandte von einem starken Geschwader und einem ansehnlichen Truppenkorps begleiten. Es scheint wirklich, daß die Festungen an der Paiho-Mündung wieder aufgebaut und stärker als je armirt, daß ferner an beiden Ufern Festungswerke bis nach Tien-Tsin errichtet sind, daraus geht indessen noch nicht hervor, daß die chinesische Regierung den Krieg wieder anfangen will. Die kaiserlichen Kommissäre, welche in Shanghai auf der Wacht stehen, werden ihr Möglichstes thun, um die Herren Bruce, Ward und Bourboulon zu überreden, nicht weiter zu gehen; indessen wird ihr Widerstand nicht über die Grenzen der Diplomatie hinausgehen, und wenn unsere Minister nach Peking gehen wollen, so kommen sie auch hin. Dann ist auch möglich, daß man das Recht der Residenz in Peking erlangt, welches von Lord Elgin nicht nachdrücklich gefordert wurde. — Der Verkehr zwischen Shanghai und Japan wird jeden Tag bedeutender. Seltsamer Weise verlieren die Ausländer bei jedem Geschäfte 20 bis 30 Prozent, und oft sogar kommen ganze Ladungen wieder zurück; trotzdem wird hartnäckig fortgefahren, als ob man in nächster Zeit ganz ungeheure Gewinnste voraussähe, die alle Verluste decken würden. Der Hauptmangel des Japanesischen Handels liegt darin, daß alle Europäer die eingekauften Waaren mit Silbergeld bezahlen müssen, und daß sie für ihre eigenen Waaren nur Papiergeld erhalten. Alle Welt ist darüber einverstanden, daß die Verträge mit Japan revidirt werden müssen. — So eben ist der Dampfer „Canton" den Fluß hinaufgekommen mit der Leiche des ehemaligen Vizekönigs Yeh an Bord.

Amerika.

Newyork, 2. Juli. [Ein deutsches Volksfest.] Zu Anfang dieser Woche ward hier ein mehrtägiges deutsches Volksfest gehalten, wobei leider einige Rohheiten mit unterliefen, die nun, wie das so üblich ist, dem deutschen Namen auf lange anhaften werden. Man hatte den Bürgermeister und den neuen Polizeipräsidenten, der am 1. Juli sein Amt antreten soll, eingeladen, um namentlich dem letztern zu zeigen, wie harmlos und gemüthlich deutsche Feste seien. Das Unglück wollte aber, daß das Festkomité in dem Zimmer, worin die Ehrengäste sich befanden, in Streit mit einander gerieth und daß es zu einer ordinären Schlägerei kam, von welcher die genannten Beamten ebenfalls einen Antheil erhielten. Die hiesigen Zeitungen haben aus Rücksicht auf den Bürgermeister die Sache verschwiegen, doch um so lauter spricht man im Publiknm davon. Der neue Polizeipräsident, ein Stock-Yankee, befand sich bei dieser Gelegenheit zum ersten Male in seinem Leben auf einem deutschen Volksfeste. Wenn der Eindruck, den er dabei erhalten hat, seine Amtsverwaltung beeinflußte, so wäre es kein Wunder. (N. Z.)

Nevyork, 8. Juli. [Dampfschifffahrtsgesellschaft; aus Mexiko.] In Boston hat sich eine Dampfschifffahrt gebildet welche den Verkehr mit dem Süden der Union unterhalten will. Zwei Dampfer erster Klasse werden von Boston nach Charleston oder Savannah und zurückfahren. — Berichten aus Veracruz zufolge hatte General Zuloaga sich unter den Schutz des englischen Gesandten, Herrn Ottway, gestellt. Miramon hatte verfügt, daß dem General Santa Anna sein Privatvermögen zurückzuerstatten sei.

— [Eisenbahnunglück.] Kürzlich ist auf der Michigan-Südbahn ein Fluthbogen vom Hochwasser unterwühlt worden und unter der Last eines Passagierzuges zusammengestürzt. Von den 150 im Zuge befindlichen Personen haben dabei einige vierzig ihren Tod gefunden.

Newyork, 9. Juli. [Vertrag mit Mexiko.] Hier und in Washington wird von gewissen Seiten daran gearbeitet, die amerikanische Regierung zu vermögen, daß sie mit der mexikanischen einen Vertrag abschließe, der den Amerikanern gegen Zahlung von 25,000,000 Dollars für immer das Wegerecht auf der Tehuantepec-Eisenbahn, so wie auf einer vom Rio Grande nach dem kalifornischen Meerbusen zu führenden Bahn verleihe.

Valparaiso, 31. Mai. [Die Revolution; Handelsvertrag mit Belgien.] Die chilenische Revolution ist beendet, und das Land kehrt allmählich zu seinem normalen Zustande zurück. Ich muß hier besonders hervorheben, daß während der letzten viermonatlichen Revolution das Eigenthum und die persönliche Freiheit aller hier wohnenden Fremden respektirt ward, sowohl Seitens der Regierung, als auch Seitens der Oppositionspartei. Kein einziger Fall der Nichtachtung der Neutralität der Fremden ist mir zu Ohren gekommen, und dies gibt uns eine Bürgschaft für die Zukunft, im Falle das Schicksal andere Revolutionen in seinem Schooße für dieses schöne Land birgt. Der General Vidaurri, der „Pacificador" des Vaterlandes, ist mit einem Theile seiner Truppen und einigen Gefangenen hier wieder angekommen und ward enthusiastisch empfangen. Morgen werden die Kammern in Santiago eröffnet werden, und Jedermann ist auf die Botschaft des Präsidenten gespannt, um zu sehen, ob er in seiner Hartnäckigkeit gegen gewisse Forderungen der liberalen Partei fortfahren, oder ob er eine versöhnliche Politik einschlagen wird, die ihm zweifelsohne eine große Zahl Parteigänger zuführen würde. — Die hiesige Regierung und die belgische haben einen Handels-Vertrag abgeschlossen, der alle Differentialzölle der beiden Flaggen aufhebt und sie in den respektiven Ländern der nationalen Flagge gleichstellen. (K. Z)

— [Weiße Sklaven in Brasilien.] Von dem empörenden Menschenschacher, der von Brasilien mit leichtgläubigen Deutschen, Schweizern, Elsassern getrieben worden ist und noch fort betrieben wird, haben wir leider unsre Leser oft unterhalten müssen. Die sogenannte Central-Kolonisations-Gesellschaft von Rio ließ durch ihre Agenten ganze Menschenladungen nach Rio bringen, um sie dann wohl oder übel nach den Niederlassungen zu schaffen, wo man diese weißen Sklaven gegen einen elenden Unterhalt und Lohn auszunutzen beabsichtigte. Eine Hauptrolle unter diesen Niederlassungen spielte die am Mucuri, einem ungesunden Küstenflusse in der heißesten Gegend Brasiliens (18° 6' 43" südl. Breite). Ein gewisser Ottoni verwaltete diese Anlage, die sich von der Mündung des Flusses bis tief in die Provinz Minas erstrekt, mit einer Willkür, einer Hartherzigkeit, einer Selbstbereicherungssucht, von der man sich in der gebildeten Welt keinen Begriff macht. Zum größeren Theile sind die Auswanderer in diesem Distrikt, die unter den glänzendsten Versprechungen der Agenten dahin verlockt wurden, unter furchtbarem Mangel, gräßlichen Krankheiten, Abwesenheit aller medicinischen und leiblichen Pflege, unter den Betrügereien und dem Eigennutz der Verwaltung gestorben, oder in das furchtbarste physische Elend versetzt. Den Ueberlebenden erschien im Februar d. J. der menschenfreundliche Dr. Lallemant, dessen unsre Blätter schon mehrfach rühmend erwähnt haben, als ein Retter und deckte der kaiserl. brasilianischen Regierung den furchtbaren Zustand dieser weißen Sklaven auf. Derselbe veröffentlicht, was er sah und erlebte, zur Warnung und zur Strafe für Alle, die es angeht, in einer so eben in Hamburg (bei Perthes-Besser und Mauke) erschienenen Schrift „Am Mucuri" und deckt rückhaltslos das ganze schändliche System auf, wie es jene Gesellschaft und ihre Agenten, mit der Einwandrer-Verlockung und Versorgung getrieben haben und weiter treiben wollen. „Und deutsche Regierungen dulden diesen schwarzen Handel mit weißen Menschen!" so fragt mit Recht der ebenso einsichtsvolle als menschenfreundliche Verfasser. Die Brochüre, die uns ein fürchterliches Gemälde von Leiden aufrollt, verdient die weitverbreitetste Aufmerksamheit vor Allem der deutschen Regierungen und ihrer Behörden; denn der Frevel, den man ungestraft im Auslande mit deutschem Blute treibt, gereicht dem ganzen Vaterlande zur Unehre. Auf der genannten Kolonie sieht man Holländer, Chinesen und Deutsche angesiedelt, Alle unter gleich entwürdigenden Verhältnissen, und die brasilianischen Kammern wären eben im Begriff, dem Herrn Ottoni wieder ein Subsidium von 1200 Contos de reis (fast eine Million Thaler) zu bewilligen! Wir hoffen, man wird nach den jetzt vorliegenden Erfahrungen endlich auf die brasilianische Menschenjagd in Deutschland ein wachsames Auge haben! (Sp. Z.)

Zum italienischen Kriege.

Nachträge und Ergebnisse.

Wien, 26. Juli. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Triest sind die Inseln Lussin und Quarnero Seitens der Franzosen vollständig geräumt worden und ist deren Flotte abgesegelt. (Tel.)

Verona, 12. Juli. Ueber den Besuch des Prinzen Napoleon im kaiserlichen Hauptquartier schreibt der Spezialkorrespondent der „Times" unter vorstehendem Datum: „Eine höchst ergötzliche Scene begab sich gestern an der kaiserlichen Tafel. Wie der Kaiser dasaß und seinen blonden Schnurrbart kräuselte, ertönte ein furchtbares Schellengeläute im Hofe, und eine vierspännige Kutsche kam herangerasselt. Der diensthabende Offizier verließ rasch die Tafel und kam mit der Meldung zurück, daß der Prinz Napoleon angekommen sei. Da bei Tische neben dem Kaiser zwei von seines Bruders Vettern, der Großherzog von Toscana und der Herzog von Modena, saßen, so kann man sich die Bestürzung denken, die sich auf allen Gesichtern malte. Der Kaiser stand auf, legte seine Serviette bei Seite und trat in ein anstoßendes Gemach, wo er den Prinzen empfing. Einige Minuten nachher kam er zurück, die Mahlzeit wurde rasch beschlossen und die Gäste stürzten zu Hauf die Hintertreppe hinab. Der Großherzog und der Herzog schickten um ihre Säbel und Mützen, die in dem Zimmer, wo der Prinz Napoleon saß, geblieben waren, und eilten rasch nach Hause. Wenn eine Bombe im kaiserlichen Hauptquartier geplatzt wäre, hätte sie nicht mehr Verwirrung verursachen können. „Plonplon" blieb mehrere Stunden in Verona und kehrte spät Abends in sein Lager heim."

— Wie der „Tr. Z." aus Verona vom 20. d. M. geschrieben wird, ist der Feldmarschall-Lieutenant Baron Urban in Disponibilität versetzt worden und hat in der Person des Feldmarschall-Lieutenant Baron Wernhardt bereits einen Nachfolger im Festungs-Kommando von Verona erhalten. Die „Tr. Z." zeigt ferner die bereits in Triest erfolgte Ankunft und Abreise des Baron Urban nach Graz an.

Triest, 21. Juli. Die beiden jetzt hier vor Anker liegenden englischen Dampfboote „Marmora" und „Seaton" waren im Dienst der französischen Flotte vom Anfang des Kriegs an bis zu ihrer Abfahrt von Lussin am 19. d. Bekanntlich war es nun den englischen Unterthanen durch die Neutralitätserklärung vom 13. Mai verboten, für eine der kriegführenden Mächte „ohne ausdrückliche Erlaubniß J. M. der Königin ein Schiff beizustellen, auszurüsten oder zu bewaffnen, zu dem Zweck, es zum Dienste eines Fürsten oder eines Staates zu verwenden" und die den Uebertretern des Gesetzes in Aussicht gestellte Strafe sollte im Falle der Verurtheilung in Geldbuße und Einkerkerung bestehen. Auf die noch im Mai erfolgte Anfrage von Kaufleuten der Londoner City erging dann der Bescheid mehrerer Kronadvokaten, daß „das Vermiethen von Transport- und Vorrathsschiffen an eine der kriegführenden Mächte entschieden gesetzwidrig sei und mit Konfiskation, Geldstrafen und Gefängniß gebüßt werde." Andrerseits wurde aber auch dem General Shipowners Society vom Board of Trade auf die Anfrage, „ob es noch legal sei, gewisse, schon vor Veröffentlichung der Neutralitätsregierung eingegangene Engagements zu erfüllen, Korn, Kohlen und sonstige Vorräthe für Rechnung der französischen Regierung nach Marseille und Genua zu befördern," die Antwort zu Theil, daß „diese Frage dem Geheimrath zur Erledigung vorgelegt werden müsse" (die jedoch noch nicht erfolgt ist).

— Am 18. Juli verließ ein Theil der französischen Flotte Lussin piccolo, und am 21. soll die vollständige Räumung stattfinden, so wie in Folge derselben die Rückkehr der k. k. Behörden, welche in Ossero diesen Zeitpunkt abwarten. Ungefähr 5000 Franzosen waren, vom 3. d. angefangen, nach und nach auf Lussin gelandet. Das Betragen der Soldaten wird, wie man der „Tr. Z." meldet, keineswegs gelobt, man wirft denselben im Gegentheil vor, Vieles gethan zu haben, was mit dem nächsten Zweck der Landung, ein Spital zu gründen und vielleicht später eine Operationsbasis gegen Venedig zu haben, nicht im entferntesten Zusammenhang stand. Auf die wiederholten Beschwerden der Einwohner bei dem französischen Eskadrekommandanten wurde die Mannszucht straffer aufrecht erhalten und man erzählt, daß ein Soldat kriegsrechtlich erschossen wurde. Interessant ist die Nachricht, daß der Kommandant des Geschwaders, Vizeadmiral Romain Desfosses, sich bei der Unterzeichnung auch des im Orient gebräuchlichen Siegels bediente, das die Worte: „Colonie française" enthält.

Turin, 21. Juli. Man ist noch immer damit beschäftigt, die wahren Ursachen zu ergründen, welche Napoleon III. zum Frieden von Villafranca bewogen haben. Viele bleiben der Meinung, es seien vorzüglich die Vorgänge in der Romagna gewesen, welche dem Kaiser mißfallen haben. Die abgetretenen Minister behaupten aber, daß durchaus nichts geschehen sei, was nicht vorher mit dem Kaiser verabredet worden; die Beläge dafür sollen im auswärtigen Amte existiren. Man müßte höchstens annehmen, daß in den Detailverfügungen ein Zwiespalt obwaltete, oder daß der Kaiser später für gut gefunden habe, seine Zustimmung zu desavouiren. Die Worte, welche der Kaiser zu Paris gesprochen und die vom „Moniteur" wiedergegeben wurden, beweisen übrigens, daß er zugiebt, ein Land könne die Revolution zu Hülfe rufen, wenn es sich um seine Unabhängigkeit handelt. Die Italiener werden sich ohne Zweifel diese Worte merken. Uebrigens versichern noch immer die intimeren Freunde Napoleons, unter anderen Obrist Cipriani, der ein langes Gespräch mit ihm hatte, daß der Kaiser die Sache der italienischen Unabhängigkeit nicht aufgegeben hat, nur dieselbe jetzt auf einem andern Wege verfolgen wolle, als auf den Schlachtfeldern. Cipriani, sagt man, würde noch vor dem Verlaufe eines Monats handgreifliche Wirkungen seiner Absichten sehen. Für Italien wäre es hinlänglich, wenn die Intervention fremder Truppen, sowohl französischer, als östreichischer, verhindert würde. (N. Z.)

Turin, 21. Juli. Der „Indépendance" wird geschrieben: „Marchese Lajatico und Cavaliere Ubaldino Peruzzi, welche beauftragt worden, den Kabineten zu Turin, Paris und London die Wünsche der Toscaner vorzulegen, sind von Turin heute Abend nach Paris abgereist, nachdem sie vom Könige empfangen worden. Ein Versuch zu Gunsten des Großherzogs Leopold fand am 20. bei Montecatini im Valdinievole statt. Dieser Versuch ist gescheitert und die Anstifter desselben, der ehemalige großherzogliche Minister Giulio Martini und der Cavaliere Sermogli, wurden festgenommen. In Livorno hat gleichzeitig eine Kundgebung im radikalen Sinne stattgefunden, doch behielt die Regierung die Oberhand, und eines der Häupter der Radikalen, Guarducci, wurde verhaftet. Der sardinische Kommissar Boncompagni in Florenz wurde abberufen. Sich selber überlassen, wird Toscana seine Wünsche kundgeben können, ohne daß es zu fürchten braucht, dieselben seien durch eine piemontesische Pression hervorgerufen worden."

— Aus Turin, 17. Juli, berichtet man der „Morning Post": Massimo d'Azeglio hatte an den Grafen Cavour ein Schreiben gerichtet, in welchem Verstärkungen für den Fall verlangt werden, wenn die Schweizertruppen Bologna angreifen sollten. Dieses Schreiben langte in demselben Augenblicke an, als der Graf bereits seine Abdankung dem König angezeigt hatte. Graf Cavour antwortete dem Herrn d'Azeglio in einem Briefe, welcher die Ansichten des gefallenen Staatsmannes in eigenthümlicher Weise charakterisirt. Der Brief lautet: „Wenn die Völker der Legationen sich nicht gegen die Schweizer vertheidigen können, so sind sie nicht würdig, Italiener zu sein. Was mich anbelangt, und ich spreche zu Ihnen nicht mehr als Minister, sondern als einfacher Italiener, so werde ich mich als Soldat unter Ihre Befehle stellen, um mich für die Vertheidigung der Unabhängigkeit Italiens tödten zu lassen."

— Der „Patrie" zufolge wird die sardo-lombardische Armee ihre definitive Organisation erhalten. Die Armee soll im Friedensfuße 100,000 Mann stark sein. Diese Zahl schien erforderlich, um die innere und äußere Ruhe des neuen Landes zu sichern.

Florenz, 19. Juli. Der „Monitore Toscano" bringt folgende Aufklärung: „Es hat sich im Publikum das Gerücht verbreitet, daß mit dem Friedensschluß die Regierung befohlen habe, daß die Werbungen der Freiwilligen aufhören. Nichts ist falscher als dies. Denn im Gegentheil fährt die Regierung noch mit mehr Eifer fort, das Land zu rüsten, nimmt alle Freiwilligen auf, die sich stellen, und läßt sie in den Depots einexerziren, und das umsomehr, als die Bauern eine feindselige Stimmung gegen die Städter verrathen. Die Regierung müßte sich über die Gegenwart und über die Zukunft sehr täuschen, wenn sie dem Lande rathen wollte, die Waffen in diesem Augenblick wegzuwerfen. Dies ist nicht ihr Gedanke, und sie besteht mehr als je darauf, was sie bei der ersten Nachricht vom Frieden sagte: „Während die Diplomatie verhandelt, bewaffne sich Italien." Die hiesige Regierung sagt, daß sie fortwährend günstige Nachrichten von Turin erhält, daß der König Victor Emanuel große Liebe zu Toscana hegt und darauf vertraut, es werde zur definitiven Ordnung Italiens so viel als möglich beitragen. Auch der Kaiser Napoleon soll sehr geneigt sein, und die Wünsche desselben beim nächsten Kongreß unterstützen wollen. (A. Z.)

(Beilage.)